

BULLETIN

NUMMER 1 | MÄRZ 2023



- * 6 Kantonsrat - Abgefahren *
- * 10 Abstimmung - JA zum Klimaschutz *
- * 14 Russland - Zuger Firmen im Gaskrieg *
- * 18 Wahlen - Umwelt-Rating *
- * 20 Erdbeben - Politische Katastrophe *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Zug kann mehr

4 Danke

Ein tolles Team

5 Gemeinden

Rückblick

6 Kantonsrat

Abgefahren

8 Kantonsrat

Gegen unten wird getreten

9 Kantonsrat

Schwarz-weiss

10 Abstimmung

JA zum Klimaschutz

12 Gewerkschaften

«Gefährliche Figuren»

14 Russland

Zuger Firmen im Gaskrieg

16 Russland

Mit Panels gegen Putin

17 Nationalrat

Zug spielt mit dem Feuer

18 Wahlen

Umwelt-Rating

20 Erdbeben

Politische Katastrophe

23 Energie

Wozu Jodtabletten?

24 Grünspecht

Weiter-So in die Sackgasse

25 Gestreift

26 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Alternative – die Grünen Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Genderstern (*)

Für die Darstellung gerechter Geschlechterverhältnisse und eine fortschrittliche Abbildung der gesellschaftlichen Realität möchte das BULLETIN eine gendergerechte Sprache verfolgen. Heute gibt es viele Möglichkeiten, Sprache zu gestalten, so dass die Gleichstellung der Geschlechter und die vielen und variablen Geschlechtsidentitäten sichergestellt werden. Die Autor*innen der Beiträge im BULLETIN wählen die Form der Schreibweise selber, die Redaktion verwendet den Genderstern.

Titelbild

Umschlagsbild: Das Bild entstand am Rohstoff-Rundgang vom 25. Februar 2023 (Konradin Franzini)

Zug kann mehr

Trix Gubser & Luzian Franzini, Parteipräsidium Alternative – die Grünen Zug

Vor Kurzem erschien der neue Sozialbericht 2022 des Kantons Zug, der die soziale Lage der Zuger Bevölkerung in verschiedensten Bereichen wie Lebensbedingungen, soziale Sicherheit und Wohnen beschreibt und als Wegweiser für eine bedarfsgerechte, zukunftsgerichtete Sozialpolitik dienen kann. Die Ergebnisse zeigen eines: Wir von den Alternativen – die Grünen politisieren sozial und wirtschaftspolitisch für die Mehrheit in diesem Kanton.

Dass dem so ist, zeigt sich besonders in drei Bereichen:

- Auch diese Auswertung zeigt die prekäre Lage auf dem Wohnungsmarkt. Zwei von drei Haushalten sind Mieter:innen. Zug hat die schweizweit höchsten Mietpreise und den geringsten Leerwohnungsbestand. So ist es nicht überraschend, dass Umzüge in andere Kantone häufiger als im Schweizer Durchschnitt vorkommen.
- Trotz des zweithöchsten BIP sind Einkommen und Vermögen sehr ungleich verteilt. Über die Hälfte der Steuerpflichtigen weist kein steuerbares Vermögen aus. Gegenüber der Gesamtschweiz ist die mittlere Einkommensgruppe eher schmal, ihr gehören 41 Prozent an (CH: 58 Prozent), während 27 Prozent zur oberen und 32 Prozent zur unteren Einkommensgruppe gehören. Dabei sind knapp 5 Prozent der Zuger Bevölkerung auf bedarfsabhängige Sozialleistungen angewiesen.
- Der Bericht zeigt auch Handlungsbedarf in der Gleichstellung auf. Zuger Mütter sind seltener erwerbstätig als Frauen ohne Kinder und auch als Mütter im schweizweiten Vergleich.

Diese Ergebnisse decken sich mit einer Studie der Crédit Suisse aus dem letzten Jahr, welche zeigt



hat, dass die Kaufkraft der Zuger:innen im Vergleich tief ist. Am Ende bleibt trotz höherem Einkommen nicht mehr in der Tasche, denn die Lebenskosten sind zu hoch.

Wir machen Politik für die Mehrheit

Unsere Haltung und unsere Lösungen sind im Interesse der Mehrheit – sogar im reichen Kanton Zug. Bezahlbarer Wohnraum und eine Steuerpolitik für den Mittelstand, Ergänzungsleistungen für Familien, genügend bezahlbare Kita-Plätze auch für Familien mit begrenztem Einkommen: diese Themen stehen nebst der Klimapolitik zuoberst auf unserer Agenda. Wir nehmen die Bedürfnisse der Menschen im Kanton Zug ernst und suchen Lösungen für die Mehrheit der Zuger:innen. Für ein vielfältiges Zug für alle.

Der Kanton Zug lässt sich politisch und wirtschaftlich wohl mit keinem anderen Kanton vergleichen. Er ist nicht nur ein Spitzenreiter bezüglich der jährlichen Zunahme von Firmensitzen (um 1646 auf 36917) und Zulassungen von Neuwagen (mit 440 pro 10000

Einwohnenden doppelt so viele wie in den anderen Kantonen), sondern auch, wie der Sozialbericht zeigt, bezüglich sozialer Lebensbedingungen. Aufgrund seiner vielen Ressourcen wäre es deshalb angemessen und erforderlich, wenn der Kanton Zug auch eine Spitzen- und Vorreiterrolle bezüglich sozialen Engagements, Förderung nachhaltiger Energien und Erhaltung der Biodiversität einnehmen und – als Sitz der wichtigsten Rohstofffirmen der Welt – globale Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte und die Bekämpfung der Klimakrise übernehmen würde.

Unsere grüne Stimme muss erhalten bleiben

Vor Kurzem haben wir gemeinsam das Präsidium der Alternativen – die Grünen im Kanton Zug übernommen. Mit grosser Motivation setzen wir uns weiterhin dafür ein, unsere Anliegen im Kanton und auf Bundesebene umzusetzen. Oberste Priorität haben deshalb im Moment die eidgenössischen Wahlen von diesem Herbst. Wir geben alles, damit die grüne Stimme von Manuela Weichelt im Parlament erhalten bleibt. ■

Ein tolles Team

Tabea Zimmermann Gibson, Kantonsrätin und Fraktionschefin ALG

4 Nach den kantonalen Gesamterneuerungswahlen im Herbst 2022 wurde das Parteipräsidium der Alternative – die Grünen Kanton Zug in neue Hände übergeben: Neu wurden Trix Gubser und Luzian Franzini ins Co-Präsidium gewählt. Andi Lustenberger und Esther Haas, welche weiterhin aktiv die Zuger Politik im Kantonsrat mitgestalten werden, führten die Partei gesamthaft sieben Jahre lang und haben die Zuger Politik in diesen Jahren erfolgreich geprägt.

«Der rote Andi» übernahm Anfang 2016 mit viel Schwung das Präsidium der Alternativen – die Grünen an der Seite von Barbara Beck. Die

SKOS, fasst seine Zeit im Parteipräsidium folgendermassen zusammen: «Als oberstes Ziel stand für uns stets der gemeinsame Einsatz für einen



Herzlichen Dank Esther und Andi für euren Einsatz in den vergangenen Jahren!

Partei befand sich damals in stürmischen Gewässern und es galt, das Boot der ALG auf Kurs zu halten, um der sozialen Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Solidarität eine starke Stimme zu geben. Andis Erfahrung als Co-Präsident der Jungen Grünen Schweiz und als Kantonsrat halfen ihm dabei enorm. Ab 2018 folgte Esther Haas als Vizepräsidentin. So war das ALG-Präsidium weiterhin generationenübergreifend und gendermässig ausgeglichen. Esthers Pragmatismus ergänzte zudem Andis Idealismus perfekt. Andi, in der Zwischenzeit sowohl Mitglied der Geschäftsleitung von Caritas Schweiz wie auch der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe

solidarischen, gerechten und klimafreundlichen Kanton Zug im Fokus. Diesen Einsatz gemeinsam mit meiner Vizepräsidentin, dem Vorstand und unserer äusserst engagierten Parteibasis mitzugestalten, war tagtäglich Ehre, Freude und Motivation zugleich.» Als Berufsschullehrerin wie auch Vizepräsidentin der Nachbarschaftshilfe KISS Cham ging Esther schon immer auf die unterschiedlichsten Menschen zu. Als Kantonsratspräsidentin tat sie dies in den beiden letzten Jahren ihres ALG-Vizepräsidiums auch als höchste Zugerin der ganzen Zuger Bevölkerung gegenüber. Als authentische Politikerin war sie dabei eine sympathische Botschafterin für die ALG.

Zahlreiche Erfolge – und noch viel zu tun

Die Alternative – die Grüne Kanton Zug war und ist eine aktive Bewegung mit starken Ortssektionen und einer engagierten Basis. Einen grossen Erfolg konnten Esther und Andi zusammen mit verschiedensten Organisationen und Mitkämpfer*innen gegen das Sparpaket erzielen. Mit viel Einsatz und auch dank ihrer guten Vernetzung im ganzen Kanton Zug gelang der Sieg gegen die unausgeglichene Vorlage des Kantons- und Regierungsrates. In bester Erinnerung bleiben auch der Einsatz für einen umweltfreundlichen Kanton Zug beispielsweise mit der Velonetz-Initiative, die Wahlerfolge im Kantonsrat und GGR sowie der Sprung von Manuela Weichelt in den Nationalrat als erste Frau im Bundesbern.

Trotz hohem Einsatz und vielen Erfolgen konnten nicht alle Ziele erreicht werden. So blieb das Referendum gegen die Corona-Steuerreform erfolglos wie auch der Versuch, nach Manuela Weichelts Rücktritt aus dem Regierungsrat wieder eine linke Vertretung in den Regierungsrat zu wählen. Wie bei der Umstellung des Wahlsystems 2013 befürchtet, ist das Majorzwahlsystem im bürgerlichen Kanton Zug eine so grosse Hürde, dass es trotz der Einigung mit der SP auf eine Kandidatur und einem allseits riesigen Einsatz nicht gelang, wieder eine linke Vertretung in der Zuger Regierung zu erlangen. Für die Alternativen – die Grünen im Kanton Zug bleibt somit auch weiterhin noch viel zu tun, sowohl im Bereich der gesamtheitlichen Vertretung der Zuger Bevölkerung in den Exekutiven, im Bereich einer solidarischeren Zuger Steuerpolitik als auch beim möglichst schnellen Wandel zum ressourcenschonenden, umweltverträglichen und CO₂-neutralen Kanton.

Herzlichen Dank Andi und Esther für euren Einsatz in den vergangenen Jahren – und viel Erfolg dem neuen Präsidium in den kommenden Jahren! Auf eine nachhaltige, solidarische Gesellschaft! ■

Rückblick

Redaktion BULLETIN

12, 12, 8, 12 Jahre Arbeit in der Exekutive – der Stadt oder Gemeinde. Wie war das, als vielleicht einziges Ratsmitglied links der Mitte? Oder als Stadträtin, zuerst mit einer Mehrheit links der Mitte und dann allein als Minderheit im Rat? Für einen Blick zurück hat die Redaktion mit Vroni Straub, Berty Zeiter, Barbara Beck und Paul Iten gesprochen.

Nein, sie wollten nicht selber dazu schreiben oder schriftlich alle die gleichen Fragen beantworten. «Gemeinsam am Tisch» wurde für den Blick zurück vorgeschlagen. Schliesslich hätten sie sich auch während ihrer Amtszeit regelmässig zu einem Austausch getroffen und dabei voneinander gelernt.

Austauschen ist Lernen

Schnell wird im Gespräch klar, dass die vier ehemaligen Ratsmitglieder sich nicht nur kennen und schätzen, sondern gewohnt sind, miteinander am Tisch zu sitzen und sich zu aktuellen Fragen austauschen. Der Austausch erfolgte strukturiert und geplant. Sie wollten immer voneinander lernen, aber auch gemeinsam die Haltung zu aktuellen Themen erarbeiten. Dazu dienten neben ihren Treffen auch Retraiten mit dem Parteivorstand. Für die Arbeit in den Räten ist nicht die Parteifarbe massgebend, aber die persönliche Werthaltung. Das regelmässige Gespräch im Kreise Gleichgesinnter helfe, sich selber immer wieder neu zu eichen.

Selbstkritisch wurde auch immer wieder die eigene Rolle in der Exekutive hinterfragt. Was bringt es, in einer Exekutive mitzuarbeiten? Ist man da nicht immer einfach die «Opposition»? Im Gremium Stadtrat oder Gemeinderat kann das anfänglich der Fall sein, bis die anderen Ratsmitglieder die Ernsthaftigkeit des Engagements dieser Opposition erkennen und Leistung und Erfolge sehen. Das braucht Geduld und es ist in einer Anfangsphase wichtig, eine Polarisierung zu vermeiden! Innerhalb der eigenen Abteilung wird jedes Ratsmitglied viel bewirken können. Dazu muss es sich jedoch Respekt und Glaubwürdigkeit erarbeiten. Wenn

Mitarbeitende dann eines Tages sagen «Grün würde ich nicht wählen, dich aber schon», ist das sicher eine gute Basis für konstruktive, erfolgreiche Zusammenarbeit.



Wahrgenommen werden

Beim Austausch kommen auch Themen zur Sprache, die aktuell im eigenen Arbeitsumfeld nicht vordringlich sind. Vielleicht aber ein Thema, das in zwei Jahren in der eigenen Gemeinde auch auf den Tisch kommt oder auf den Tisch gebracht werden muss? Dann ist es sehr nützlich, sich schon einmal mit der Sache auseinandergesetzt zu haben, von einer Kollegin in einer anderen Gemeinde etwas dazu gelernt zu haben. Bei Abstimmungen innerhalb eines Gemeinde- oder Stadtrates ist es wichtig, dass die Wähler*innen immer wieder zur Kenntnis nehmen, dass nicht «einstimmig» beschlossen wurde, dass eine Opposition da ist und nicht alles abgenickt wird. Klar erreicht man im Rat oft ein Resultat, das nicht durch eine formelle Abstimmung markiert

werden muss, Paul möchte aber, dass abgestimmt wird, damit die Opposition sichtbar bleibt. Auch innerhalb der Verwaltung muss die eigene Haltung sichtbar gemacht werden, denn Innovation muss von beiden Seiten – Gemeinde-/ Stadtrat und Verwaltung – kommen. Das ist beim Organisationsmodell mit einer «Geschäftsleitung» (Baar) etwas schwieriger, der Gestaltungseinfluss von Seiten Exekutive ist geringer. Nach den Wahlen 2022 ist die ALG nur noch in zwei Exekutiven (Stein-

Abgefahren

Ivo Egger, Kantonsrat ALG Baar

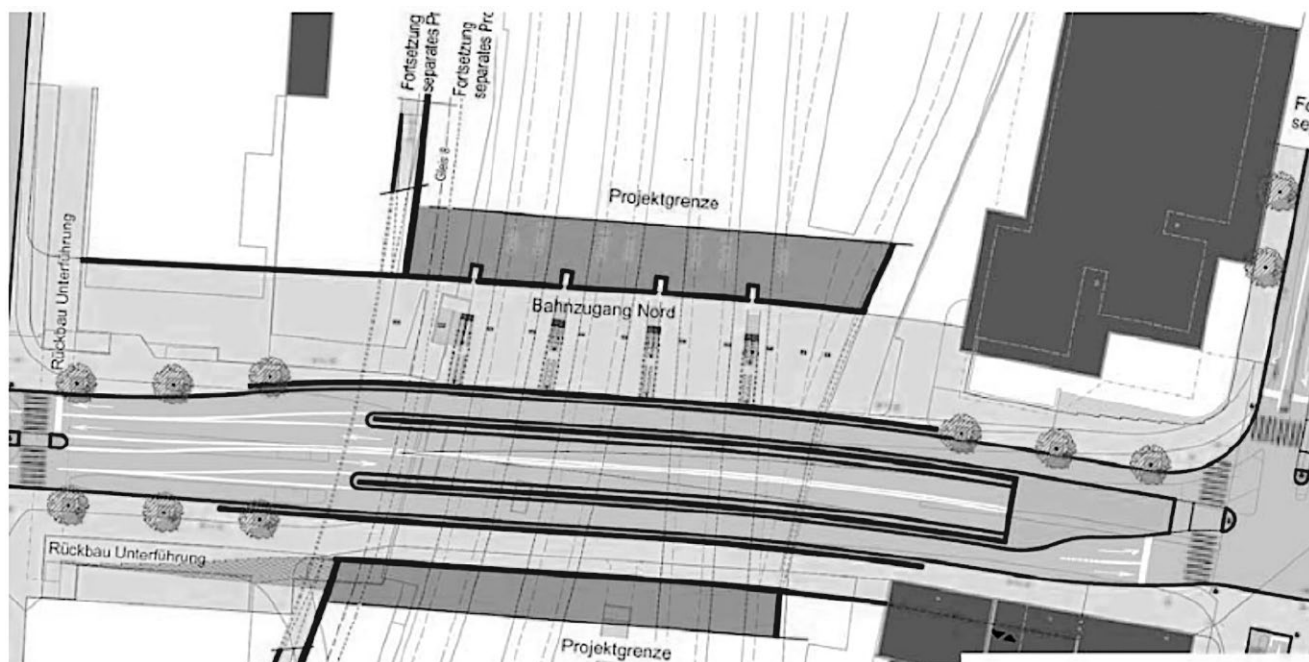
6 Der Regierungsrat will die beiden Umfahrungsprojekte in der Stadt Zug und in Unterägeri mit je einer Vorlage/einem Beschluss des Kantonsrats in den Richtplan aufnehmen und den Planungs- sowie Baukredit für beide Projekte genehmigen lassen. Dies plant er in einem für politische Prozesse ungewohnten Tempo: Bereits im Sommer 2023 sollen die Vorlagen im Kantonsrat beraten werden, Anfang 2024 würde es zu einer allfälligen Volksabstimmung kommen. Wir haben die Vorlagen der sogenannten «Generellen Projekte» studiert, fassen sie nachfolgend kurz zusammen und erläutern unsere Haltung dazu.

Als Ziel gilt es, die Neugasse mit einem künftig erwarteten durchschnittlichen täglichen Verkehr von 22 000 Fahrzeugen, um drei Viertel zu entlasten. Ein knapp 2 Kilometer langer Tunnel soll es richten. Von den 22 000 Fahrzeugen haben jedoch rund 17 000 als Ziel oder Herkunft bereits das Stadtgebiet. Also sollen wir für rund 5 000 Fahrzeuge einen knapp 2 Kilometer langen Tunnel bauen, welcher rund 670 Millionen Franken kostet? Hier besteht offensichtlich ein grosses Missverhältnis und es lohnt sich, das Projekt in folgenden Punkten ganz genau zu durchleuchten:

- Das Stadtzentrum Zug zieht den motorisierten Verkehr mit all seinen Gewerben, Restaurants, Parkhäusern, Parkplätzen, dem See, Festivals usw. an. Es ist bisher nicht bekannt, dass beim oder nach dem Bau eines Tunnels bisher für den MIV (motorisierter Individualverkehr) versiegelte Flächen zurückgebaut werden sollen. Zudem wäre aufgrund der hitzigen Diskussionen bezüglich des Postplatzes auch grossmehrheitlicher Widerstand zu erwarten. Wie soll also die erhoffte

Entlastungswirkung effektiv erzielt werden? Soll ein zweites «autoarmes Zentrum» analog Cham im Zusammenhang mit der Umfahrung Cham-Hünenberg entstehen? Dafür wären viele Portale erforderlich und die Mindestaufenthaltszeit müsste eher 60 als 10 Minuten betragen.

- Die schnellere Durchfahrt durch das Stadtgebiet dient hauptsächlich den Bewohnerinnen und Bewohnern von Oberwil und Walchwil. Diese wiederum haben möglicherweise auch einen Verlagerungseffekt zu befürchten, da sich in Goldau lediglich ein Halbanschluss der Nationalstrasse befindet.
- Das Portal Gubelstrasse befindet sich an zentralster Lage, es liegt gemäss kantonalem Richtplan sogar in einem Zentrumsgebiet. Bekanntlich werden in den nächsten Jahren bauliche Entwicklungen stattfinden und die Lage eines solchen Portals ist daher schlicht und einfach unpassend.



Situation Gubelloch als Beispiel für den Irrsinn.



Hier sollen dereinst 4 Strassenspuren nebeneinander zu liegen kommen.

- Beim Portal Gubelstrasse sind bis zum Knoten Aabachstrasse ungläubliche vier Spuren vorgesehen. Ist es für Bahnreisende attraktiv, in einer modernisierten Perronunterführung neben einem Tunnelportal eines Umfahrungsprojekts zu laufen? Soll hier etwa bewusst die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs geschmälert werden? Es müsste doch viel eher eine grosszügige Velostation sowie allenfalls auch ein Busbahnhof geplant werden.
- Auch wenn die Umfahrung Zug aktuell vom Eigenkapital finanziert werden kann, bedeutet dies nicht, dass es sich um eine nachhaltige Investition handelt. Zudem verbleiben Mehrkosten für den Betrieb und Unterhalt für den Kanton. Die abzuklassierenden Strassen würden mehrheitlich von der Stadt Zug übernommen und damit auch die beträchtlichen Kosten für deren Betrieb und Unterhalt.

Die ALG kann dem neuen Umfahrungsprojekt in der Stadt Zug aus obgenannten Gründen nicht zustimmen und wird sich in einem über-

parteilichen Komitee im Vorfeld der Behandlung im Kantonsrat und auch beim Abstimmungskampf (noch nicht terminiert) engagieren.

Umfahrung Unterägeri

Das Zentrum von Unterägeri soll mit einem 1,8 Kilometer langen Umfahrungstunnel um drei Viertel des heutigen MIV entlastet werden. Die Kosten dafür sind mit 275 Millionen Franken budgetiert. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis scheint daher interessant. Doch wie immer trägt der Schein. In den Vorlagen des Regierungsrats des Kantons Zug wird auf folgende wesentliche Aspekte nicht eingegangen:

- Unterägeri ist und bleibt auch mit einer Umfahrung touristisch attraktiv (Seebad; Ägeri on Ice, Schneesportgebiet Nollen, Hotels, Sportcenter Ägeri, Autokino Ägeri, Zugerberg und Wildspitz).
- Die Tangente Baar/Zug bewirkt eine schnellere Erschliessung des Ägeritals. Dadurch gibts nicht primär mehr Durchgangsverkehr, sondern vielmehr Ziel-/Quellverkehr.
- Es ist unklar, mit welchen flankierenden Massnahmen die Entlas-

tungswirkung effektiv erzielt werden soll. Nicht einmal eine Reduktion der signalisierten Höchstgeschwindigkeit ist sichergestellt, sondern gemäss Bericht des Regierungsrats wird sie als flankierende Massnahme von der Gemeinde lediglich allenfalls vorgesehen.

- Bisherige Strassen und Parkplätze werden nicht zurückgebaut, die Attraktivität für den MIV nimmt daher auch bei allfällig längerer Durchfahrtszeit durchs Zentrum von Unterägeri leider weiter zu. Es handelt sich klar um einen Kapazitätsausbau für den MIV. Der Modalsplit wird sich weiter zu Ungunsten des Klimas entwickeln.
- Auch der Ressourcenverbrauch für den Strassenbau und die damit verbundene Belastung des Klimas ist offenbar für die Regierung irrelevant, denn wer Geld hat, hat leider immer noch Macht. Da kann noch so fundiert die umweltrechtliche Konformität durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung bestätigt werden. Die allgemeine Klimaverträglichkeit oder gar eine Nachhaltigkeitsbeurteilung blieb bisher aus und wird es mit grosser Sicherheit auch bleiben.
- Jährlich wird der Betrieb und Unterhalt der Umfahrung nicht zu vernachlässigende 1 Million Franken kosten.

Die ALG wird sich aufgrund obgenannter Überlegungen mit weiteren Parteien/Umweltverbänden/-organisationen dafür einsetzen, dass das Zentrum von Unterägeri auch ohne unnötiges Umfahrungsprojekt mit sparsamem Ressourcenverbrauch wirksam entlastet wird. ■

Gegen unten wird getreten

Luzian Franzini, Kantonsrat ALG

8 2016 stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in einem Urteil bezogen auf einen Fall der Unfallversicherung fest, dass in der Schweiz eine präzise und detaillierte gesetzliche Grundlage für die Observation von Versicherten fehlt. Wie viele andere Kantone schafft nun deshalb auch der Kanton Zug die gesetzliche Möglichkeit, Sozialhilfebezüger*innen zu überwachen. Dies ist rechtstaatlich hoch problematisch.

Im Kantonsrat engagierten sich die ALG, dass Armutsbetroffene unterstützt, jedoch nicht schikaniert werden. 2005 Personen haben im Kanton Zug im Jahr 2020 wirtschaftliche Sozialhilfe bezogen. Sie sind bereits heute im besonderen Masse mit sozialer und institutioneller Diskriminierung konfrontiert. Oftmals fehlen ihnen zudem die Mittel, um sich angemessen dagegen zu wehren. Die strenge Überwachung der Richtigkeit der Auszahlung von Sozialhilfeleistungen ist seit Beginn der staatlichen Fürsorge bzw. heute der Sozialhilfe eines der wichtigsten Anliegen. Wider alle Polemik war und ist es eine sehr kleine Zahl von 1 bis max. 3 Prozent von Missbrauchenden. Bei einer Summe von etwa 2 Milliarden Franken Sozialhilfe pro Jahr macht dies 20–60 Millionen Schweizer Franken aus, die potenziell missbräuchlich bezogen werden. Durch Steuerhinterziehung entgeht der Schweiz jedes Jahr das Hundertfache, nämlich 21 Milliarden Franken. Ironischerweise beschäftigt die Steuerverwaltung jedoch keine spezialisierten Steuerfahnder*innen, sondern Einschätzungs- und Bücherexperten*innen, welche die Steuerdossiers von natürlichen und juristischen Personen prüfen. Der Einsatz von Privatdetektiven bzw. Observationen ist nicht in ihrer Kompetenz. Als vor einigen Jahren der Bund eine Vorlage zur Revision des Steuerstrafrechts mit weit gehenden Untersuchungs- und Zwangsmitteln für die kantonalen Behörden lancierte, stoppte die bürgerliche Mehrheit diese Vorlage.

Die Grossen lässt man laufen
Sozialhilfemissbrauch, so selten wie er auch vorkommt, kann bereits heute strafrechtlich verfolgt werden. Als eine Folge der Ausschaffungs-



Der Kanton Zug schafft neu die gesetzliche Möglichkeit, Sozialhilfebezüger*innen zu überwachen. Dies ist rechtstaatlich problematisch.

initiative wurde der neue Artikel 148a im Strafgesetzbuch geschaffen, dieser regelt den unrechtmässigen Bezug von Leistungen der Sozialhilfe. Er führt einen Straftatbestand ein, mit der Konsequenz, dass bei einem ausreichenden Anfangsverdacht die zuständigen Strafverfolgungsbehörden Ermittlungen aufnehmen können. Sozialhilfemissbrauch ist sogar ein Offizialdelikt, und die kantonalen und gemeindlichen Behördenmitglieder und Angestellten unterstehen bei Verdacht auf eine strafbare Handlung einer Anzeigepflicht.

Mit den Sozialdetektiven schafft der Kanton Zug nun jedoch eine separate Ermittlungsbehörde für das Sozialhilfegesetz. Auch Privatdetektive sollen engagiert werden dürfen, was noch problematischer ist. Es gibt keine Gewähr, dass sich die Privatdetektive an die Grenzen halten, die ihnen das Sozialhilfegesetz setzt. Sie sind – im Unterschied zur Polizei – wirtschaftlich von ihrem Erfolg und vom Auftraggeber abhängig. «Die Stärke des Volkes misst sich am Umgang mit den Schwachen», so steht es in der Bundesverfassung.

Die Androhung verdeckter Observationen kann für Betroffene eine enorme psychische Belastung darstellen und sie daran hindern, notwendige Hilfeleistungen in Anspruch zu nehmen. Dadurch verschärft sich ihre ohnehin schon prekäre Situation weiter. Gegen unten wird im Kanton Zug getreten, die Grossen lässt man jedoch laufen. ■

Schwarz-Weiss

Hanni Schriber-Neiger, KR Risch, Alterspräsidentin

Dieser Text basiert auf der Antrittsrede zur Eröffnung der neuen Legislatur (2023–2026), die Hanni Schriber-Neiger als Alterspräsidentin eröffnete. Dabei durfte sie 2022 neugewählte Kantonsrät*innen und eine neue Regierungsrätin begrüssen und ihnen zur Wahl gratulieren.



Nach Amtsdauer und Alter fällt mir heute die Ehre zu, als Alterspräsidentin die konstituierende Kantonsratssitzung zu beginnen. Zwar hat Kollege Karl Nussbaumer noch eine Legislatur mehr auf dem Buckel als ich, doch er steht heute als neuer Kantonsratspräsident zur Wahl.

Gerne agiere ich als erste Frau Alterspräsidentin auf diesem Stuhl. Es ist doch höchste Zeit, diesen im Kanton Zug auch mal weiblich zu besetzen – und dies nach gut 50 Jahren Frauenstimmrecht in der Schweiz. Erfreulich auch für meine Fraktion, die Alternative – die Grünen, die mit mir somit das erste Mal überhaupt die Alterspräsidentin stellen darf.

Wer mich etwas besser kennt, weiss, dass ich sporadisch den Scherenschnitt pflege. Nebst dem exakten Schneiden ist man gefordert, NUR in Schwarz und Weiss zu denken und umzusetzen. Grautöne sind im klassisch Schnitt nicht möglich. Eine echte Herausforderung. Fast wie in der Politik würde ich sagen: JA oder NEIN, und JEIN gibt es nicht.

Mit *Schwarz-Weiss-Denken* meine ich aber nicht das «Alles-oder-Nichts-Denken», das es hier im Ratssaal manchmal auch gibt, vor allem nach dem Mittagessen, wenn man müde ist. Ich meine auch nicht, dass alles, was kein Erfolg ist, ein Misserfolg sein muss. Die Sachver-

halte können so oder anders gesehen werden, je nachdem, wo der Fokus liegt.

Auch in der neuen Legislatur warten wieder einige grosse Geschäfte, die uns arg fordern werden: Die politische Arbeit besteht zu Beginn eines Geschäftes selten aus Schwarz-Weiss, sprich, man ist völlig dafür oder völlig dagegen, sondern besteht aus verschiedenen Grautönen. Wie es eben meistens im Leben auch ist. Wir steigen im Rat in den Entscheidungsprozess, um ein Ja oder ein Nein herauszukristallisieren. Somit ist Verständnis, Ausdauer, Sorgfalt und Kommunikation mit den Kantonsratskolleginnen und -kollegen und der Regierung gefragt. Dies kann enttäuschend und schweisstreibend oder auch erfreulich sein. Doch ein solch politischer Prozess ist nötig und lohnt sich – so oder so.

Ich zitiere an dieser Stelle Wolfgang Thierse, den ehemaligen Präsidenten des Deutschen Bundestages. Er bringt es für mich auf den Punkt, wenn er sagt: «Ich lobe die Langsamkeit von Demokratie, auch wenn sie mich und uns Nerven kostet. Nur diese Langsamkeit schafft die Möglichkeit, dass sich an ihren Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen können, wenn sie es denn wollen.» ■

JA zum Klimaschutz

Sophie Fürst, Geschäftsleiterin Verein Klimaschutz Schweiz

10

Das Alpenland Schweiz ist besonders von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Die Schweiz muss den Klimaschutz deshalb auch besonders ernst nehmen und reagieren. Der Klimawandel ist eine der Hauptorgen der Schweizerinnen und Schweizer. Am 18. Juni hat nun jede Bürgerin und jeder Bürger die Möglichkeit, selbst ein Zeichen zu setzen. Es geht darum, zu schützen, was uns allen wichtig ist: Die Gletscher- und Bergwelt, unsere Natur und somit unsere Lebensgrundlage. Ein JA zum Klimaschutz-Gesetz ist dringend nötig. Aber es braucht jede einzelne Stimme für ein JA!

Das Gesetz, mit dem der Klimaschutz mit förderlichen Massnahmen auf den Weg zu weniger Emissionen gewiesen werden soll, heisst mit vollem Namen «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit». Es wurde am 30. September 2022 als indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative vom Parlament beschlossen. Damit ist wirksamer und rascher Klimaschutz in der Schweiz möglich, weshalb das Initiativkomitee die Gletscher-Initiative bedingt zurückzog. Bedingung ist, dass der Gegenvorschlag in der Volksabstimmung nicht abgelehnt wird.

Das Klimaschutz-Gesetz ist ein Rahmengesetz: Es gibt in erster Linie verbindliche Ziele und Zwischenziele vor. Das Gesetz fördert Massnahmen in zwei Bereichen:

- Investitionen in die Förderung neuartiger Technologien
- ein Impulsprogramm für die Förderung von klimafreundlichen, effizienten Heizsystemen

Dafür sind über einen Zeitraum von zehn Jahren aus der Bundeskasse 3,2 Milliarden Franken vorgesehen.

Emissionsziele für mehr Klimaschutz

Der erste Pfeiler des Gesetzes sind die Ziele zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen. Die Schweiz muss spätestens 2050 Netto-Null erreichen. Das heisst, nach 2050 muss die Schweiz der Atmosphäre mehr Treibhausgase



Klimademo auf dem Quai am Zugersee im November 2021. Es braucht alle für ein JA an der Urne.

entziehen, als sie ausstösst. Netto-Null garantiert so, dass der Anteil an Treibhausgasen in der Atmosphäre nicht weiter ansteigt. Zwischenziele in Form von Durchschnittswerten über mehrere Jahre sorgen zudem dafür, dass das Netto-Null-Ziel nicht auf die lange Bank geschoben wird. Soweit technisch möglich und wirtschaftlich tragbar, müssen die Emissionsziele durch Emissionsminderungen im Inland erreicht werden. Das heisst: Kompensationen (sogenannte Offsets) im Ausland und Negativemissionen dürfen nur an die Zielerreichung angerechnet werden, wenn es nicht

anders geht. Um die verbleibenden Emissionen mit Negativemissionen ausgleichen zu können, braucht es Kohlenstoffspeicher (Senken). Bund und Kantone sorgen dafür, dass solche Senken im In- und Ausland im nötigen Umfang bereitstehen. Die Schweiz braucht eine Gesamtstrategie zur Erreichung ihrer Klimaziele. Das Klimaschutz-Gesetz ist ein wichtiger Teil davon.

Förderung neuartiger Technologien und Prozesse

Der zweite Pfeiler des Gesetzes: Bis 2029 unterstützt der Bund Unternehmen oder Branchen fachlich beim Ausarbeiten von Plänen zur Erreichung des Netto-Null-Ziels. Darüber hinaus können sie vom Programm zur Förderung neuartiger Technologien und Prozesse und von der Risikoabsicherung für Infrastrukturen profitieren. Dafür stellt der Bund über sechs Jahre je 200 Millionen Franken pro Jahr bereit. Bei der Förderung neuartiger Technologien und Prozesse geht es nicht darum,

klimaschonende Technologien und Prozesse neu zu erfinden, sondern diese zur Marktreife zu bringen. Beispiele dafür sind: Abscheidung von CO₂ aus den Abgasen von Kehrlichtverbrennungsanlagen und aus der Zementproduktion, Herstellung von CO₂-armem Beton und von Chemikalien aus Kohlenstoff aus nicht-fossilen Quellen, Synthese von Treibstoffen aus atmosphärischem CO₂ mithilfe erneuerbarer Energie, Optimierung von Hochtemperatur-Prozessen in der Industrie mit nicht fossilen Brennstoffen und Pyrolyseverfahren zur Speicherung von Kohlenstoff in Böden. Der Klimaschutz wird so zu einer Chance für die Schweizer Wirtschaft. Mit Investitionen in innovative Technologien schafft das Gesetz Arbeitsplätze und Exportmöglichkeiten.

Impulsprogramm Heizungsersatz und Energieeffizienz

Als dritten Pfeiler beinhaltet das Gesetz auch eine Anpassung des Energiegesetzes. Über zehn Jahre fördert der Bund mit je 200 Millionen Franken den Ersatz fossiler Heizungen sowie elektrischer Widerstandsheizungen durch erneuerbare Heizsysteme sowie die Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden. 2021 wurden beim Heizungsersatz erstmals mehr erneuerbare als fossile Heizsysteme installiert. Das bedeutet aber, dass immer noch viele fossilen Heizungen durch ebensolche ersetzt werden. Da diese eine Lebensdauer von 20 bis 25 Jahre haben, soll das Impulsprogramm hier ansetzen und motivieren, so früh wie möglich auf erneuerbare Systeme zu wechseln. Zu ersetzen sind auch elektrische Widerstandsheizungen, weil sie enorme Mengen Strom verbrauchen. Erneuerbare Heizsysteme brauchen zwar auch Strom, sind aber viel energieeffizienter, denn sie brauchen den Strom nicht, um Wärme zu erzeugen, sondern um Wärme zu transportieren. Das Gesetz erleichtert somit



Nationale Klimademo im September 2019 in Bern. Das Klimaschutzgesetz soll den rechtlichen Rahmen für mehr Klimaschutz bringen.

die Erneuerung von Heizungen und Gebäudesanierungen. So gelingt die Umstellung zu einer klimaneutralen Schweiz.

Weitere Bestimmungen

Das Klimaschutz-Gesetz enthält neben den drei Grundpfeilern weitere Bestimmungen:

- Bund und Kantone sorgen für die notwendigen Massnahmen zum Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels.
- Der Bund sorgt dafür, dass der Schweizer Finanzplatz einen effektiven Beitrag zur emissionsarmen und gegenüber dem Klimawandel widerstandsfähigen Entwicklung leistet. Zu diesem Zweck kann er mit den Finanzbranchen Vereinbarungen abschliessen.
- Die Bundesverwaltung senkt ihre eigenen Treibhausgas-Emissionen bereits bis 2040 auf netto-null. Die Kantone streben dasselbe Ziel an.
- Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament periodisch neue Anträge zur Erreichung der Emissionsziele.

Mit diesem Gesetz erhält die Schweiz endlich einen rechtlichen Rahmen für mehr Klimaschutz in der Schweiz. Diesen hat sie dringend nötig, damit sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf gemeinsame und langfristige Ziele ausrichten und darauf hinarbeiten können.

Wir brauchen ALLE für ein JA zum Klimaschutz-Gesetz

Die vorgefertigten Meinungen zum Klimaschutz sind stark. Das Gewinnen der Vorlage wird eine Herausforderung, doch das Kampagnenteam ist zuversichtlich. Mit einer starken Mobilisierung der Befürworterinnen und Befürworter wird es ein JA an der Urne geben. Dafür braucht es alle Mitglieder und Sympathisanten der Alternative – die Grünen Zug. Es gilt, das eigene Umfeld zu überzeugen und an die Urne zu bewegen. Verschiedene Möglichkeiten stehen dafür zur Verfügung. Wer sich engagieren möchte, informiert sich auf klimagesetz.ch, trägt sich für den Newsletter ein oder organisiert eine Aktion im Kanton Zug. Nur gemeinsam bringen wir die Schweiz auf Klimakurs! ■

«Gefährliche Figuren»

Josef Lang

12

Ruedi Amrein und Daniel Weber arbeiteten zusammen 96 Jahre in der Landis&Gyr, gehörten 57 Jahre der Personalvertretung an und sind seit 1971 Gewerkschafter. Josef Lang sprach mit ihnen.

Als ich Ruedi Amrein und Daniel Weber vor etwa 50 Jahren kennenlernte, waren sie beide frisch ausgelernte Elektroeriker in der L&G. Amrein arbeitete 1969 bis 2017, Weber 1971 bis 2018 im gleichen Betrieb. Neben dem Wechsel *vom mechanischen zum elektronischen Zähler* hatten sie seit dem Verkauf der L&G an Schmidheiny im Jahre 1987 vier zusätzliche Besitzerwechsel erlebt.

Beide kamen aus Gewerkschafterfamilien, Amrein aus Erstfeld, Weber aus Goldau. Beide traten sie 1971 dem SMUV (Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeitnehmerverband) bei. 2004 waren sie dabei, als aus der Fusion von SMUV und GBI (Gewerkschaft Bau und Industrie) die UNIA entstand.

Zudem gehörten sie seit den 1980er-Jahren der Betriebskommission der Arbeiter (BK) und seit 1988 der

Jahren (zusammengezählt), die beide aus der Urschweiz kamen und beide in ihrer Jugend durch die 68er-Bewegung beeinflusst worden waren.

Weber: Es gab eine Betriebsgruppe und dort machte ich von Anfang an mit. 1982 wurde ich in die Betriebskommission gewählt, nachdem Ruedi und ich die Frechheit hatten, uns in der Betriebsgruppe selber ins Spiel zu bringen. Als die Betriebsleitung von unserer Kandidatur erfuhr, musste ein SMUV-Vertreter beim Personaldirektor antraben. Dieser fragte: Sind die zwei Figuren da nicht zu gefährlich? In der BK gehörte ich der Subkommission Sozialpläne an.

Wie wichtig diese wurde, zeigt der Abbau von 2000 Arbeitsplätzen in den 1990er-Jahren.

Amrein: Als ich als Jungarbeiter für die Betriebsgruppe gewonnen wurde, merkte man den Widerspruch der damaligen SMUV-Leute. Einerseits wollten sie junge Mitglieder gewinnen, andererseits befürchteten sie, es könnte sich um neulinke Rebellen handeln. Der SMUV Zug hatte 1970 die Schwarzenbach-Initiative unterstützt und die JA-Parole auch in der kantonalen SP-Sektion durchgesetzt. In die Betriebskommission wurde ich 1986 gewählt. Hier trat ich den Subkommissionen Arbeitszeit und allgemeine vertragliche

Bestimmungen bei. Die brisanteste Frage war in den Zeiten hoher Inflation die des Teuerungsausgleichs.

Weber: Sie wurde demokratisch gewählt im Proporz. Es gab zwei Listen: SMUV und CVM (Christlicher Metallarbeiter-Verband)

Amrein: Das Resultat war meistens 7:6 oder 6:7. Die Mehrheit stellte



Von links nach rechts: Ruedi Amrein, Jo Lang und Daniel Weber

Amrein war politisch aktiv in der Revolutionären Marxistischen Liga und später in der Sozialistischen Arbeiterpartei und engagierte sich national für eine Erneuerung der arg verkrusteten Gewerkschaften. Weber gehörte der SP an. Das Hauptgewicht von beiden war die Interessenvertretung der Arbeitenden im Betrieb.

gemeinsamen Arbeitnehmervvertretung (ANV) von Arbeitern und Angestellten an. Weber war während 20 Jahren deren Präsident. Eine gemeinsame Vertretung von Arbeitern und Angestellten war damals etwas Aussergewöhnliches. Aussergewöhnlich ist auch das Zusammenwirken von zwei Arbeitern während fast 100

den Präsidenten, die Minderheit den Vizepräsidenten. Seit 1986 hatte der SMUV und später die Unia die Mehrheit, deshalb war Dani zwanzig Jahre lang Präsident.

Weber: Die lief ganz gut. Vor den Verhandlungen mit der Direktion gab es gemeinsame Sitzungen. Wir nannten sie Sibkus: Sitzung Betriebskommission unter sich.

Amrein: Wir jungen Smüvler verstanden uns besser mit dem CMV, auch weil deren Kopf ein kämpferischer Christlichsozialer war. Er hatte sich bereits nach der Entlassung von Bruno Bollinger im Jahre 1976 nach seiner Nationalratskandidatur gegen den damaligen L&G-Boss Andreas Brunner stärker für das SMUV-Mitglied eingesetzt als der SMUV selber.

Wie kam es zur Fusion der Betriebskommission der Arbeiter mit der Personalvertretung der Angestellten?

Weber: Gleichzeitig mit mir wurde auch in der Personalvertretung (PV) ein neuer und linkerer Präsident gewählt. Er war im Einkauf tätig, hatte aber in der Werkstatt begonnen. Hie und da brachte er mir einen Artikel aus der SMUV-Zeitung: «Lueg mal, cheibe guet». Ich fragte mich: Woher hat er die Zeitung? Warum fehlt immer die Adresse? Ich fragte bei der SMUV-Zentrale mal an und diese bestätigte ihn als Mitglied der Gewerkschaft. Ich teilte ihm dies mit, er musste lachen. Irgendwann ergriff er die Initiative: «Arbeiten wir doch enger zusammen! Wir haben schlussendlich das gleiche Ziel!» Wir beide gleisten auf, dass es zu gemeinsamen Sitzungen mit der Geschäftsleitung kam. Zuerst ein Teil mit der BK, dann ein gemeinsamer Teil, dann einer mit der PV.

Amrein: Dann wurde der Sibkus ausgeweitet. Wir machten als BK und PV gemeinsame Sitzungen vor den Treffen mit der GL. Diese wurden von gemeinsame Subkommissionen vorbereitet. So wurde die Zeit reif für eine gemeinsame und einzige

Kommission. Aus BK und PV wurde die ANV. Auch diese wurde von der Belegschaft demokratisch gewählt – auf einer gemeinsamen Liste, die verändert werden konnte.

Im Schmidheiny-Jahrzehnt kam es zur Divisionalisierung des Betriebs. Was bedeutete das für die junge ANV?

Weber: Dann gab es 6 verschiedene ANV. Die Tatsache, dass wir uns vorher zusammengeschlossen hatten, hatte drei grosse Vorteile. Es waren nicht 12 Vertretungen. Es gab bereits die Errungenschaft, dass Arbeiter und Angestellte zusammenspannten. Und die sechs ANV der sechs Betriebe setzten sich regelmässig zusammen. Wir haben eine Koordinationsstelle geschaffen, die ich als Präsident der ANV L&G geleitet habe. Für wichtige Fragen haben wir gemeinsame überbetriebliche Subkommissionen geschaffen, zum Beispiel für Lohnfragen oder Arbeitszeit.

Welche Folgen hatte der nationale Widerspruch zwischen UNIA für Mindestlohn der schlecht Entlöhnten und der Angestellten Schweiz für Work-Life-Balance der besser Entlöhnten?

Amrein: Wir konnten uns in der Subkommission und in der ANV mit unseren Lohnforderungen durchsetzen. Als Teilnehmer der Industriekonferenz war ich gut informiert, was ein Vorteil war.

Weber: Es war wichtig, dass Ruedi viel Geduld hatte. Noch wichtiger war, dass ein Teil der Angestellten sehr wohl Verständnis hatte für schlechter Entlöhnte.

Amrein: Es gab auch objektiv eine Annäherung. Angestellte verloren gewisse Privilegien. Zum Beispiel waren anfänglich nur die Werkstätten von Personalabbau betroffen, mit der Zeit traf es auch die Verwaltung.

Weber: Dann gab es gemeinsame Erfolge. In der Schmidheiny-Ära fand in einer Lohnfrage keine Einigung statt. Wir verlangten 6,2 Prozent, das Unternehmen wollte uns weniger

geben. Dass die beiden Hauptvertreter der Arbeiter und der Angestellten im Schlichtungsverfahren gemeinsam auftraten, hatte starke Wirkung. Am Schluss gab uns der Schlichter, der ehemalige BIGA-Direktor Jean-Pierre Bonny, Recht.

Wie wichtig war eure eigene Zusammenarbeit?

Amrein: Wir hatten eine Arbeitsteilung, ich war der härtere und konnte so für Dani produktiv sein. Andererseits gab mir Dani immer Rückendeckung. Aufgrund des langen gemeinsamen Weges konnten wir uns völlig vertrauen.

Weber: Ruedi erfasste besser die Zusammenhänge, ich legte sie dann dar. Ruedi war eher der Denker, ich war eher der Macher.

Amrein: Unsere Zusammenarbeit war auch wichtig, weil die Leute uns als Tandem vertrauten. ■

(jl) Das zweistündige Gespräch mit Ruedi Amrein und Daniel Weber führte ich für einen Vortrag, den ich am 20. Januar 2023 an einer Industrie-Werkstatt der UNIA hielt. Die zweitägige Veranstaltung diente der theoretischen Weiterbildung und dem praktischen Austausch unter Industrie-Sekretär:innen aus der ganzen Schweiz. Meine Aufgabe war es, als Historiker einen Überblick zu geben über die Geschichte der Industrialisierung, der Gewerkschaften, der Streikwellen, der Gesamtarbeitsverträge, der Frauen- und Migrationsfragen, der Personalkommissionen. Da es dazu kaum Literatur gab, kam ich auf die Idee, die beiden erfahrenen Gewerkschafter zu interviewen.

Zuger Firmen im Gaskrieg

Luzian Franzini

14

Seit einem Jahr stehen oligarchennahe Firmen im internationalen Fokus. Seit Tag 1 der Invasion geniessen die Alternativen – die Grünen eine grosse Glaubwürdigkeit in Bezug auf dieses Thema. Das hat einen handfesten Grund, denn bereits vor 17 Jahren warnte die ALG vor putinnahen Firmen, die sich in Zug niederlassen. Im Januar 2006 führte Putin gegen die Ukraine einen Erdgaskrieg mit Zuger Firmen. Das führte zu Protesten und Debatten.

Ab 2006 startet der ökonomische Putinismus in Zug so richtig durch mit einem massiven Schub an russischen Firmen, Banken, Oligarchen und Kader. Eine Zahl illustriert das deutlich: 2006 gab es 175 Personen mit russischer Staatsbürgerschaft in Zug, 2020 waren es 947, was einer Zunahme um 440 Prozent entspricht. Die laufende Zunahme von Firmen, die im Handelsregister eingetragen sind, ist ähnlich spektakulär: Heute sind es 400.

«Zuger Alternative distanzieren sich von Putin-Gesellschaften». Sie fragten rhetorisch, ob es denn Zufall sei, dass sich diese Firmen ausgerechnet im Kanton Zug niederliessen: «Mit der Pipeline-Gesellschaft NEGP (damaliger Name der Nordstream, lf) und der Rosukrenergo tauchen im Kanton Zug das alte Stasi-Gespent und das Ostmafia-Gespent wieder auf. Generaldirektor der NEGP ist der ehemalige Stasi-Major Matthias Warnig, der in den Diensten des Devisenbeschaffers

Gemäss westlichen und östlichen Kennern trifft das auch auf ihre Gegenwart zu. Bereits Mitte der 1990er Jahre gab es Hinweise, dass sich die Ostmafia in Zug einzunisten versuchte. Angesichts der grossen Bedeutung der sowjetischen und später russischen Rohstoffe für die Zuger Rohstoffgiganten, die von der wilden Privatisierung stark profitiert hatten, konnte das nicht überraschen. Die in einer Interpellation der Alternativen im Kantonsrat geäusserten Befürchtungen wurden durch eine ausführliche Antwort des Regierungsrates vom 22. September 1995 bestätigt. Die damalige Debatte um die Ostmafia wie auch der Ausbau der Wirtschaftspolizei und der Justiz unter der Ägide des alternativen Regierungsrates haben wesentlich dazu beigetragen, dass Zug von der Ostmafia weitgehend verschont wurde, mindestens für ein paar Jahre.»



Illustre Gestalten in der Zuger Firmenlandschaft im Jahr 2006.

Alternative warnen vor Putin-Gesellschaften

Bereits die relativ tiefe Zahl im Jahr 2006 liess bei wachen Geistern die Alarmglocken läuten. Am 6. Januar 2006 veröffentlichten die damalige Parteipräsidentin Manuela Weichelt, Kantonsrat Stefan Gisler und Nationalrat Josef Lang eine ausführliche Medienmitteilung mit dem Titel

Alexander Schalck-Golodkowski gestanden hatte. Dessen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre hochwichtige Stasi-beschaffungslinie 4 war über Zug gelaufen, und zwar über den neben Oswaldskirche und Zuger Burg residierenden Michael Grossauer. Einer dessen wichtigsten Zuger Strohmänner war jener CVP- Gemeinderat Urs Hausheer gewesen, der jetzt im Verwaltungsrat der NEGP sitzt. Ist das ein Zufall oder bedient sich Warnig bewusst eines verdienten ehemaligen Dieners?»

Zur Rosukrenergo, die 2015 wegen massiver krimineller Verwicklungen aufgelöst wurde, steht in der aus heutiger Sicht fast prophetischen Medienmitteilung: «Was die Roukrenergo betrifft, deutet vieles darauf hin, dass sie eine mafiose Vergangenheit hat.

Alternative solidarisieren sich mit der Ukraine

Die Rosukrenergo führte gemeinsam mit der Gazprom, die bereits 1999 nach Zug gekommen war, im Januar 2006 Putins Erdgaskrieg gegen die Ukraine. Russland stoppte während einer Woche die Gaslieferungen an die Ukraine, was bittere Kälte zur Folge hatte. Vordergründig ging es um den Gaspreis, den die Ukraine Russland zu zahlen hatte. In Wirklichkeit übte Putin mit dem Erdgaskrieg politischen Druck aus. Er war eine Rache an der «Orangen Revolution» von 2004, die zur Demokratisierung des Landes und zur Entmachtung der prorussischen Kräfte führte. In der ALG-Medienmitteilung vom 6. Januar stand dazu: «Wir Alternativen distanzieren uns von Zuger Gesellschaften, welche dazu beitragen, dass die Ukraine für die demokratische Revolution bestraft wird und die von dieser Strafaktion zusätzlich profitieren.»

Die Distanzierung von den Putin-Gesellschaften wie die Solidarisierung mit der Ukraine verband sich mit einer Kampagne gegen eine geplante

Steuersenkung. Der Schluss der Medienmitteilung lautete: «Wir weisen darauf hin, dass die Firmenflut für die Mehrheit der Zuger Bevölkerung teurere Mieten, den Verlust von Grünflächen, die Zunahme von Verkehr, eine höhere NFA-Rechnung und last but not least einen schlechteren Ruf zur Folge hat. Die Tiefsteuerpolitik nützt nur den privilegierten Gesellschaften, Personen und ihren hiesigen Strohmännern. Wem der Ruf Zugs ein Anliegen ist, wer in Zug keine Ostmafia will, der muss die Steuersenkungen ablehnen.»

Gerhard Pfister postuliert Langs Abwahl

Spannend zu sehen ist, wie sich damals ein heutiger wortstarker Unterstützer der Ukraine äusserte. Während der ALG-Kampagne gegen die Ostmafia, die bis in den Sommer 2006 dauerte, hielt der damalige Kantonalpräsident der CVP, Nationalrat Gerhard Pfister, am 24. März vor dem Gewerbeverein Risch/Rotkreuz eine Grundsatzrede. Deren Titel lautete: «Der Kanton Zug und der Steuerwettbewerb». Dabei kam er auch auf unsere Kritik an den Putin-Gesellschaften zu sprechen. Nationalrat Josef Lang sagt in der BAZ vom 6. Februar 2006, Zug mache «ethischen Nihilismus», alles was erlaubt sei, werde in Zug gemacht, und das mache Zug für die Ostmafia attraktiv. Die Rede endet mit folgendem Appell: «Ein grosser Beitrag für die Stärkung der Position Zugs in Bern wäre es, wenn die bürgerlichen Parteien in den Wahlen 07 es schaffen könnten, wieder eine vollständig bürgerliche Delegation nach Bern zu schicken.» Zusammengefasst: Während sich die Zuger Alternativen – unter anderem aus Solidarität mit der Ukraine – von der Ostmafia distanzieren, distanziert sich Pfister von dieser Kritik und verlangt die Abwahl eines profilierten Kritikers. Heute spielt sich derselbe Pfister als grosser Freund der Ukraine auf. Übrigens hatte Pfister bereits im

Dezember 2002 im Kantonsrat einen Vorstoss der Alternativen für die Solidarität mit Opfern einer Ölpest, für die eine russische Oligarchenfirma verantwortlich war, heftig und erfolgreich bekämpft. Am 23. Oktober 2013 kam er in einer Rede vor dem Lions Club Zug unter dem Titel «Das Erfolgsmodell Zug» darauf zu sprechen: «Wir werden immer Prügel

Paradox an der damaligen Zuger Wirklichkeit war das, dass bürgerliche Wirtschaftsanwälte mit der Stasi Geld verdienten und die alternative Zuger Linke mit der DDR-Opposition Solidarität übte.» Und zur Verbindung Warnig-Putin: «Warnig gehört spätestens seit 2000 zum engen Umfeld des russischen Diktators und Kriegsherrn Wladimir Putin. Putin



Zugerinnen und Zuger demonstrierten beim Rohstoffrundgang im Februar 2023.

erhalten, wenn in der Welt ein Öltanker absäuft und dessen Firma Zuger Sitz hat. Wir werden immer die bad guys sein.»

Zwei Putin-Komplizen am Zugersee

Da die «Zuger Zeitung» auf der Titelseite im Juli 2006 ein Bild des damaligen Nordstream-Verwaltungsrates Schröder und des Ex-Stasi Offiziers und Putin-Freunds Matthias Warnig unter dem Titel «Schröder gibt hier Gas» veröffentlichte, schrieb Josef Lang einen Leserbrief mit dem Titel: «Der Mann an Schröders Seite war Stasi-Offizier».

Über die zugerische Stasi-Vergangenheit schrieb Lang: «Das scheinbare

hatte in der DDR als sowjetischer Geheimdienstagent gewirkt und dabei wohl Warnig kennengelernt.» Die Redaktion hatte übrigens die Grösse, das Schröder-Warnig-Foto nochmals zu veröffentlichen. Und sie hob im Text den Schlusssatz des Leserbriefs besonders hervor: «Beim Tanz ums Goldene Kalb gerät jede Ethik unter die Füsse, sei sie nun eine linke oder christliche oder liberale.» ■

Mit Panels gegen Putin

Luzian Franzini, Kantonsrat ALG

16

Vor einem Jahr marschierte Wladimir Putin in die Ukraine ein. Seither haben über 33 000 Menschen ihr Leben verloren und 10 Millionen wurden vertrieben. Am Rohstoff-Rundgang, welcher Ende Februar in Zug stattfand, zeigte sich vor allem eines: Die Schweiz und der Kanton Zug hat seine Lehren aus dem Krieg noch nicht genügend gezogen. In Zug wird nicht nur mit einem grossen Teil russischer Energieträger gehandelt und somit Putins Kriegskasse gefüllt – wir selbst sind auch noch immer zu grossen Teilen abhängig von ausländischen Energieträgern.

Russland ist seit mehr als zehn Jahren Hauptlieferant aller fossilen Primärenergieerzeugnisse Steinkohle, Rohöl und Erdgas in die EU. Auch drei Viertel der Schweizer Energie wird über weite Distanzen importiert, dazu gehören alle Erdölprodukte, Erdgas sowie Uran. Aus einer sicherheitspolitischen Perspektive ist dies bedenklich und macht uns erpressbar. Zusätzlich kostet dies die Schweizer Volkswirtschaft jährlich 10 Milliarden Franken. Geld, welches auch in der Schweiz gut investiert werden könnte. Sinnbildlich für die hohe Auslandsabhängigkeit bei der Energieversorgung steht der sogenannte Energie-Unabhängigkeitstag. Dieses Datum gibt an, bis zu welchem Tag im Jahr die Schweiz energiemässig vom Ausland unabhängig ist, d.h. ihre inländische Produktion aufbraucht. Von diesem Zeitpunkt an leben wir bei der Energieversorgung auf Pump, sind also vom Ausland abhängig. Wie die Schweizer Energiestiftung SES berechnet hat, fällt dieser Tag dieses Jahr auf den 12. April. Und auch wenn andere europäische Länder abhängig sind, stehen wir im europäischen Vergleich leider schlecht da. Mit einer Energieunabhängigkeitsquote von 28,1 Prozent im Jahr 2020 liegt die Schweiz im europäischen Vergleich im hinteren Mittelfeld.

Verpasste Chance

Es zeigt sich vor allem etwas: Unsere Stromversorgung wird krisenresistenter und ökologischer, wenn man statt auf den Weiterbetrieb der alten AKW mit russischem Uran, auf

einen beschleunigten Ausbau von Photovoltaikanlagen setzt. Dies gilt vor allem, wenn die europäische Blockade weitergeht und die Schweiz nicht in den europäischen Strommarkt eingebunden wird. Der Kanton Zug verpasste leider gerade kürz-



Sonnenenergie ist gut fürs Klima. Die bürgerliche Mehrheit im Kanton Zug lehnte eine Zuger Solaroffensive ab. Bild: Wikimedia, Roland zh

liche eine Chance, hier einen entscheidenden Beitrag zu leisten und das Zuger Sonnenenergiepotenzial endlich zu nutzen. Bei der Revision des Zuger Energiegesetzes lehnte die bürgerliche Mehrheit mit Mitte, FDP und SVP einen Antrag der ALG für eine Zuger Solaroffensive ab. Im Moment nutzen wir in unserem Kanton nur etwa 4–5 Prozent der Son-

nenenergie. Ziel war es, dass auch bei Umbauten von bestehenden Häusern Solarpanels installiert werden sollen, sofern dies auch wirtschaftlich sinnvoll wäre. Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, muss das Potenzial bestehender Gebäudeflächen genutzt werden. Es ist klar: Die energiepolitische Unabhängigkeit wird kein Zuckerschlecken, die Schweiz weist aber grundsätzlich die richtigen Rahmenbedingungen auf. Dank unseren Stauseen verfügen wir über einen Speichermechanismus und in den Bergen gibt es ein enormes Potenzial an Sonnenenergie. Mit einer engagierteren Solaroffensive liessen sich gleich mehrere Fliegen mit einer

Klappe schlagen. Mit dem Aufbau der heimischen Solarindustrie können einerseits Zehntausende von spannenden Arbeitsplätzen geschaffen werden. Sonnenenergie ist zudem gut fürs Klima und gut für die ukrainische Bevölkerung. Denn ohne Rohstoffverkäufe würde Putins Regime aus finanzieller Perspektive bald auf dem Trockenen sitzen. ■

Zug spielt mit dem Feuer

Manuela Weichelt, Nationalrätin

Zug ist eine Drehscheibe für den Rohstoffhandel. Die Alternative – die Grünen haben einmal mehr einen interessanten und aufschreckenden Rohstoffrundgang durchgeführt.

Der Kanton Zug ist der «Supermarkt für russische Kohle», so bezeichnete es die «Republik». 80 Prozent des russischen Rohstoffhandels geht über die Schweiz, dabei spielen Genf, Lugano, Zürich und Zug eine wichtige



Manuela Weichelt erörtert die Forderungen der Grünen. Der Artikel gibt die Rede in gekürzter Form wieder.

Rolle. Die Alternative – die Grünen sind die einzige Kraft, die seit Anfang 2000 mantrahaft die Gefahren aufzeigt und rund 40-mal vor Nordstream eine Veranstaltung organisiert haben. Der erste Jahresabschluss seit Kriegsbeginn spricht Bände. Die Rohstofffirmen können so hohe Gewinne wie noch nie nachweisen. Kürzlich verkündete der Zuger Rohstoffkonzern Glencore einen Reingewinn von über 17 Milliarden US-Dollar. 2021 lag dieser noch bei unter 5 Milliarden.

Oligarchengelder zentral

Die «Republik» schrieb «Wer nicht sucht, der findet nicht». Mit 7,5 Milliarden hat die Schweiz nur einen kleinen Teil der rund 150 Milliarden an russischen Vermögen eingefroren, die laut Angaben der Bankiervereinigung auf Schweizer Konten liegen. Auch haben wir nur 15 Liegenschaften in sechs Kantonen auf den Listen. Die Werte bleiben konstant tief. Seit Beginn der Sanktionen ist dem Seco als Aufsicht jeder Aufwand zu viel. Auch die Kantone haben kein Interesse an der Suche nach Oligarchengeldern. Ein Zuger Regierungsratsmitglied hat dies im Schweizer Fernsehen spontan und ehrlich gesagt, dass er «nicht wie ein Detektiv oder ein Polizist» den reichen Russen in Zug nachspüre. Dazu kommt, dass die wirtschaftlich Berechtigten längst nicht immer transparent sind.

Aus diesen Gründen fordert die Grüne Partei:

- a) Kriegsgewinnsteuer: Der Grüne Parteipräsident Balthasar Glättli reichte eine parlamentarische Initiative für eine temporäre Übergewinnsteuer ein. Deutliche Übergewinne, die in einem Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine stehen, werden mit einem höheren Steuersatz belegt. Verschiedene europäische Länder haben eine solche eingeführt oder planen eine solche. Glencore hat eine Kriegsmaschine mitgefüttert, die in den letzten 50 Wochen in der Ukraine verheerende Zerstörungen angerichtet hat. Es drängt sich damit erst recht auf, dass ihre Kriegsgewinne zugunsten des Wiederaufbaus der Ukraine steuerlich abgeschöpft werden.
- b) Oligarchengelder: Der Mafia-Arti-

kel, Art. 72 StGB muss auch bei den Oligarchengeldern angewendet werden: «Das Gericht verfügt die Einziehung aller Vermögenswerte, welche der Verfügungsmacht einer kriminellen oder terroristischen Organisation unterliegen.»

Was für den renommierten Basler Strafrechtler Mark Pieth klar ist, möchten Bundesrat und Seco anders interpretiert haben.

- c) Weiteres: Schaffung einer Rohmarktmarktaufsicht. Eine entsprechende Motion hat die Grüne Fraktion eingereicht. Der Bundesrat und der Nationalrat haben sie abgelehnt.
- d) Geldwäschereigesetz: Das Geldwäschereigesetz muss auf Beratungstätigkeiten bei der Gründung und Verwaltung von Unternehmen – inklusive Einführung von Sorgfaltspflichten – ausgeweitet werden.
- e) Wirtschaftlich Berechtigte: Massnahmen treffen, um Transparenz über ausländische Beteiligungen an Schweizer Unternehmen zu schaffen.

Sofortmassnahmen

Die Stärke der Schweiz liegt in der humanitären Tradition. Ganz konkrete Überlebenshilfen wie Zelte, Decken, Betten, Stromaggregate, Heizkörper, Nahrungsmittel und die Frischwasserproduktion sind jetzt gefragt. Auch die technische Wiederherstellung der fürs Leben und zur gesellschaftlichen Entwicklung notwendigen Infrastruktur (Öffentlicher Verkehr, Wasserkraftwerke, Telefonsysteme und digitale Netzwerke, Brückenbau etc.) ist zentral sowie das Entminen der Landschaft. Das darf die Schweiz einige Milliarden kosten. ■

Umwelt-Rating

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

18

Wahltag ist Zahhtag, heisst es. Dazu muss man wissen, wie die Mitglieder des National- und Ständerates abgestimmt haben. Wem es zu mühsam ist, über parlament.ch (siehe Kasten) nach den Resultaten der jeweiligen Personen zu suchen, kann sich über die Homepage ecorating.ch einen schnellen Überblick verschaffen. Das Umweltrating wird durch die Umweltallianz durchgeführt. Die Umweltallianz ist ein loser Zusammenschluss der vier grossen Umweltorganisationen Greenpeace, Pro Natura, VCS und WWF.

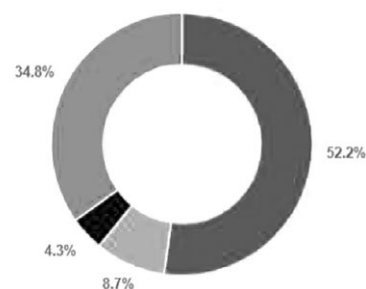
Welche Politiker*in ist am umweltfreundlichsten? Wie lauteten die Wahlversprechen? Wie sieht die Halbzeitbilanz der aktuellen Legislatur (2019 – 2021) aus? Wie jene der vergangenen Legislatur? Diese Fragen kann sich kurz und schnell beantworten, wer sich auf ecorating.ch

umsieht. Im Übrigen kann man auch kantonalen Parlamentarier*innen auf die Schliche kommen. Die untenstehenden Zahlen geben den Stand vom 5. März 2023 wieder. Warum die Prozentzahlen im Titel nicht überall mit jenen der Grafik übereinstimmen, lesen sie im Kasten.

100 Prozent umweltfreundlich
Manuela Weichelt-Picard (Grüne) hat einen Spitzenplatz inne. Nur wer zu 100 Prozent anwesend ist und zu 100 Prozent im Sinne der Umwelt abstimmt, erhält einen solchen Spitzenplatz.



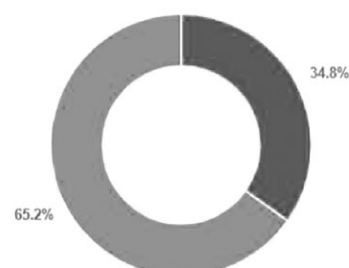
59,1 Prozent umweltfreundlich
Matthias Michel (FDP) ist für eine Überraschung gut. Am schlechtesten schneidet bei ihm der Arten- und Naturschutz mit 40 Prozent ab. Das ist respektabel. Er ist der zweitumweltfreundlichste Zuger Parlamentarier.



● Für die Umwelt ● Abwesend ● Entschuldigt abwesend ● Gegen die Umwelt

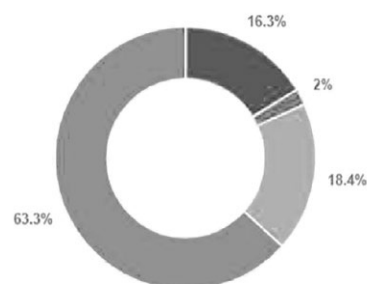
34,8 Prozent umweltfreundlich

Peter Heggin (Mitte) erreicht zwar in den Bereichen Energie und Mobilität eine «halbe Umweltfreundlichkeit». Wenn es dann aber um das Klima und den Arten- bzw. Naturschutz geht, dann stimmt der ehemalige Landwirt kaum für die Umwelt.



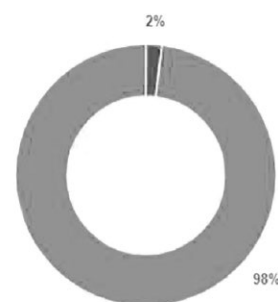
26,5 Prozent umweltfreundlich

Gerhard Pfister (Mitte) ist wenig umweltfreundlich. Am ehesten noch bei Abstimmungen zum Thema Energie, wo er auf einen Umweltfreundlich-Anteil von 50 Prozent kommt. Der Arten- und Naturschutz liegt ihm am wenigsten am Herzen. Ins Gewicht fällt auch, dass Herr Pfister mehr als 20 Prozent der Abstimmungen abwesend ist oder sich der Stimme enthält.



2 Prozent umweltfreundlich

Thomas Aeschi (SVP) liegt weit abgeschlagen zurück. Er liegt mit mehr als 20 weiteren Parlamentarier*innen auf den allerallerletzten Plätzen – allesamt aus der gleichen Partei. Im Gegensatz zur letzten Legislatur, wo er bei 0,9 Prozent lag, muss man die Steigerung vielleicht positiv sehen? Nein, dieser Mann ist definitiv nicht wählbar, wenn frau noch etwas Hoffnung haben will.



● Für die Umwelt ● Abwesend ● Entschuldigt abwesend ● Gegen die Umwelt

Ecorating

Für die Berechnung des Umweltfreundlichkeitswertes wird die Differenz der Stimmen für die Umwelt und der Stimmen gegen die Umwelt in das Verhältnis der Gesamtzahl der möglichen Abstimmungen gesetzt. Entschuldigte Absenzen werden für die Berechnung nicht mit einbezogen. Enthaltungen und unentschuldigte Absenzen werden wie eine halbe Stimmabgabe für und eine halbe Stimmabgabe gegen die Umwelt gewertet.

Die Formel für den Wert «Umweltfreundlichkeit in Prozent» in Worten ausgedrückt lautet:

$$\frac{(\text{Anzahl Pro-Stimmen} - \text{Anzahl Contra-Stimmen})}{(\text{Anzahl Pro-Stimmen} + \text{Anzahl Contra-Stimmen} + \text{Anzahl Enthaltungen} + \text{Anzahl unentschuldigt abwesend}) + 1} * 50$$

Ein Beispiel: Ein Nationalrat, der 9-mal für die Umwelt, 25-mal gegen die Umwelt gestimmt hat, sich 6-mal enthalten hat, 6-mal unentschuldigt abwesend und 7-mal entschuldigt abwesend war, kommt auf einen Umweltfreundlichkeitswert von 32,6: $\frac{(-16/46) + 1}{1} * 50$

Die Differenz der Pro- und Contra-Stimmen ergibt -16. Die 7 entschuldigten Abwesenheiten werden nicht berücksichtigt, daher ergibt sich eine Gesamtzahl möglicher Abstimmungen von 46. ecorating.ch/de



Politische Katastrophe

Maja Hess, Präsidentin medico international schweiz

20

Fast vier Wochen nach dem verheerenden Erdbeben im türkisch-syrischen Grenzgebiet ist die Zahl der Toten auf mehr als 50 000 gestiegen. Millionen Menschen haben ihr Zuhause verloren und sind dringend auf Soforthilfe und auf anhaltende Unterstützung beim anschließenden Wiederaufbau angewiesen.

Diese Katastrophe ist mehr als Naturgewalt – sie ist zutiefst politisch. So wurden Menschen buchstäblich unter der Verantwortungslosigkeit staatlicher Behörden und Bauunternehmen begraben. Getroffen sind Regionen, in denen Menschen angesichts von Unterdrückung, Krieg und Vertreibung ohnehin unter widrigsten Bedingungen leben. 61 Anwält*innen haben in der Türkei angesichts der hohen Opferzahlen durch das Erdbeben gemeinsam Anzeige gegen den türkischen Präsidenten Erdogan und etliche Minister und Funktionäre wegen vorsätzlicher und fahrlässiger Tötung eingereicht. Im Aufruf zur Unterzeichnung der Klage steht: «Die wahren Schuldigen an dieser Katastrophe sind diejenigen, die die von Wissenschaftlern erstellten Berichte ignoriert und keine Vorsichtsmassnahmen getroffen haben, die mit Bauamnestien verrottete Häuser in Särgen verwandelt haben, die Such- und Rettungsteams daran gehindert haben, in das Katastrophengebiet vorzudringen, und dafür gesorgt haben, dass noch lebende Menschen unter den Trümmern um Hilfe schreiend starben, die Hilfe blockiert und die Menschen beschimpft haben, die versuchten, ihre Probleme zu schildern.» Die Ursachen für die hohen Opferzahlen sind also nicht nur in der Stärke des Bebens, sondern auch in der neoliberalen Baupolitik und dem türkischen Kolonialismus in Nordkurdistan begründet. Was diese Klage bewirken kann, ist angesichts der Machtverhältnisse in der Türkei offen. Dennoch ist es wichtig, die Empörung über so viel Unrecht und Korruption auszusprechen und Tatsachen zu benennen, die nach dem Beben auch in der westlichen medialen Öffentlichkeit ignoriert wurden: Verschiedenste

Wissenschaftler*innen haben vor dem hohen Risiko eines verheerenden Erdbebens gewarnt, denn in der Südtürkei treffen die Arabische und die Anadolische Platte aufeinander. Dennoch wurden die Häuser nicht erdbebensicher gebaut, obwohl Geld aus der seit 1999 erhobenen Erdbebensteuer genau dafür bestimmt gewesen wäre.

Die Angriffe auf Rojava hören auch jetzt nicht auf

Während Helfende in der Türkei und Nordsyrien verzweifelt und mit blossen Händen nach Überlebenden unter den Trümmern suchten, hat Erdogan weiterhin den kurdisch verwalteten Nordosten Syriens, bekannt unter dem kurdischen Namen Rojava, bombardiert. Sogar Regionen, die vom Erdbeben betroffen waren, wie Tel Rifaat südlich von Afrin. Auch in Aleppo wurde ein 63-jähriger Kurde und Mitglied der Selbstverwaltung, der die Gebäude auf Erdbebenschäden und Wohnbarkeit prüfte, durch einen Bombenanschlag des türkischen Geheimdienstes getötet. Familien mit Kindern, die in Hühnerställen und Autos übernachteten, weil sie alles verloren haben, müssen zusätzlich befürchten, Opfer einer Bombardierung zu werden. Diese anhaltende Schutzlosigkeit zerstört das letzte Stück Vertrauen ins Leben und kann zu einer tiefgreifenden Traumatisierung führen. Denn was die Menschen nach einer Katastrophe dringend als Erstes brauchen ist Schutz, Trinken und Essen, eine wärmende Decke, Zuspruch und Trost.

Fluchtpunkt Shehbah

Shehbah ist eine Region, die eingekesselt ist zwischen dem von türkischen

und dschihadistischen Milizen kontrollierten Afrin und dem von Assad kontrollierten Süden. Dorthin sind 2018 viele kurdische und ezidische Menschen geflüchtet, nachdem die Türkei Afrin in einem völkerrechtswidrigen militärischen Angriff besetzt hatte. Viele leben noch heute in Zelten oder in verlassenem und vom Angriff des IS beschädigten Häusern. Diese Region ist nun ebenfalls vom Erdbeben



Die Teams des Kurdischen Roten Halbmondes sind vor Ort und leisten Soforthilfe und anhaltende Unterstützung. Bild: Kurdischer Roter Halbmond.

betroffen. Hilfe kommt dort keine an. Einzig ein Team des Kurdischen Roten Halbmonds (KRC für seine englischen Initialen), eine medizinische NGO aus Rojava, hat sich mit Ambulanzen und Lastwagen voller Hilfsgüter auf den beschwerlichen Weg nach Shehbah gemacht. Um von Qamishlo in Nordostsyrien dorthin zu gelangen, müssen unzählige Checkpoints passiert und von der syrischen Regierung kontrolliertes Gebiet durchfahren werden.

Hartnäckigkeit und Widerstand zahlen sich aus!

An einem dieser Checkpoints wurde das Team vom KRC angehalten und an der Weiterfahrt gehindert. Als «Wegzoll» hätten sie eine ihrer Ambu-

Die Lage in Syrien Gebiete kontrolliert durch:

- Regierung (unterstützt durch Truppen aus Russland und Iran)
- Rebellen (islamistisch dominiert)
- türkisch dominiert
- Kurden/Rebellen
- von USA unterstützte Rebellen



dpa-104221

Stand Ende Mai 2022

Quelle: Institute for the Study of War, liveuamap

In Rojava (Nord- und Ostsyrien) leben rund 5 Millionen Menschen. Die Region leidet seit Jahren unter Blockaden, Embargos und Angriffen – und ist nun vom Erdbeben schwer betroffen. Bild: Institute for the Study of War.

lanzen und die Hälfte der Hilfsgüter der syrischen Regierung übergeben müssen. Schon die Selbstverwaltung musste 40 ihrer 100 Tankwagen mit Treibstoff für die Erbebenregion an das Assad-Regime abgeben, um weiterfahren zu können. Der KRC lehnte den Deal ab, denn die Güter waren für die Menschen in Shehbah bestimmt und aus Spendengeldern finanziert. Die Mitarbeiter*innen harhten bei eisigen Temperaturen 11 Tage am Checkpoint aus und gaben nicht nach. Derweil haben ihre solidarischen

Freund*innen im Westen alle politischen Hebel in Bewegung gesetzt, um die Durchfahrt zu ermöglichen. Auch europäische Regierungen haben sich bei Assad für die Weiterfahrt des Hilfskonvois starkgemacht. Am 12. Tag konnte das Team schliesslich weiterfahren und somit einen kleinen Sieg feiern. Noch am selben Tag verteilten sie erste Matratzen und Decken. Der KRC ist schon seit 2018 in Shehbah präsent, leitet dort einen Gesundheitsposten, garantiert die Trinkwasserversorgung und führt Awareness-

Kampagnen durch. Sie waren somit vor der Katastrophe vor Ort, sie sind es jetzt und sie werden es bleiben. Auf solche Hilfe von unten kommt es an!

Blockaden und Mauern erschweren die Hilfe

Das selbstverwaltete Rojava ist seit Jahren unter Blockade und Embargo. Erdogan liess eine über 700 Kilometer lange Sperranlage zwischen der Türkei und Nordsyrien errichten, finanziert mit EU-Geldern. Der einzige offene Grenzübergang nach Rojava ist in Semalka: eine Pontonierbrücke über den Tigris zwischen Nordirak (Kurdistan Region) und Rojava. Der für UN-Hilfsgüter bestimmte Grenzübergang Al-Ya'rubiyah (türkisch Til Koçer) ist seit 2020 geschlossen, damit alle Hilfslieferungen über Damaskus abgewickelt werden, was dem syrischen Regime den Zugriff auf einen Teil der Hilfsgüter ermöglicht. Selbst in der aktuellen Situation lieferte die UN ihre Hilfsgüter über Damaskus anstatt direkt über den zunächst einzigen geöffneten Grenzübergang Bab el Hawa von der Türkei nach Nordsyrien. Bab el Hawa, westlich von Afrin, stellt eine direkte Verbindung zwischen der Türkei und der von Dschihadisten kontrollierten und aktuell vom Erdbeben schwer betroffenen Provinz Idlib her. Nach zähem Ringen mit Assad sind eine Woche nach dem Erdbeben zwei weitere Grenzübergänge (Bab al-Salam und al-Rai) zwischen der Türkei und Nordsyrien geöffnet worden. Viel zu spät für die sofortige Lieferung von Hilfsgütern und schweren Geräten zur Bergung von Verschütteten. Die kurdische Selbstverwaltung in Rojava fordert die Errichtung zweier humanitärer Korridore zwischen der Türkei und Rojava. Dies würde auch dem Kurdischen Roten Halbmond die Beschaffung von Hilfsgütern und Medikamenten unglaublich erleichtern. Aktuell muss die NGO alles in Rojava selbst oder im Nordirak einkaufen und über die Grenze bringen. Zugang zu Hilfslieferungen aus Europa hat der KRC

22

unter dem aktuellen Grenzregime nicht oder nur verbunden mit grossem Aufwand und Zeitverlust. Aber die Zeit drängt. In Nordsyrien ist es bitterkalt und die Menschen immer noch nicht ausreichend mit Zelten und Hilfsmaterial versorgt.

Machterhalt statt Krisenbewältigung

Während Familienangehörige, solidarische Menschen und Organisationen Geld, Hilfsgüter und Medikamente sammeln, versuchen die Führungen in Ankara und Damaskus, die Krise für sich zu nutzen. Erdogan will wiedergewählt werden und hat als Antwort auf das Erdbeben den Ausnahmezustand in der betroffenen Region verhängt, um kritische Stimmen zum Schweigen zu

bringen. Assad möchte international rehabilitiert werden und verbucht jede Hilfslieferung als eigenen Verdienst. Der türkische Präsident kämpft im Inneren, Syriens Machthaber nach aussen. Ihr Krisenmanagement zielt darauf ab, die eigene Position zu stärken. Umso bedeutender ist es, lokale und selbstorganisierte Hilfe wie den Kurdischen Roten Halbmond zu stärken und finanziell zu unterstützen. Medico international schweiz arbeitet in den betroffenen Gebieten seit vielen Jahren mit den Teams des KRC zusammen und kennt deren Mut, deren Professionalität und deren Fähigkeit, auch in äusserst schwierigen Situationen handlungsfähig zu bleiben und effizient Hilfe zu leisten. ■

Kurdischer Roter Halbmond

Der Kurdische Rote Halbmond (Heyva Sor a Kurd) ist eine unabhängige, neutrale Nicht-regierungs- und Non-Profit-Organisation in Nordostsyrien (Rojava). Die NGO wurde 2012 gegründet, um die dringenden, lebensrettenden Gesundheitsbedürfnisse der vom Konflikt im Nordosten Syriens betroffenen Menschen zu erfüllen. Den ersten grossen Einsatz leistete der Kurdische Rote Halbmond beim Völkermordangriff des IS auf das ezidische Siedlungsgebiet im Shengal, Nordirak. Das Personal des Kurdischen Roten Halbmondes ist im Bereich des humanitären Völkerrechts geschult und wendet den Verhaltenskodex der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften an. Heyva Sor wird aber nicht als Mitglied der internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung anerkannt, da es gemäss Richtlinien nur eine Mitgliedorganisation pro Land geben kann und diese Position vom Syrischen Roten Halbmond der Assad-Regierung besetzt ist.

Medico international schweiz

Seit 85 Jahren verbindet medico international schweiz das Engagement für «Gesundheit für alle» mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit hier und im Globalen Süden. Gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen in Zentralamerika, Mexiko, Kuba, Kurdistan, Palästina/Israel und Vietnam setzt sich medico international schweiz für eine ganzheitliche, basisorientierte und dem lokalen Kontext angepasste Gesundheitsversorgung sowie eine gerechte globale Gesundheitspolitik ein.

Weitere Informationen: www.medicointernational.ch

Die Autorin: Maja Hess

Maja Hess ist Ärztin und Psychiaterin. Als Präsidentin von medico international schweiz ist sie verantwortlich für die medico-Projekte in Rojava und Shengal. Maja Hess ist schon mit verschiedenen Ärzt*innen-Delegationen nach Kurdistan gereist. 2020 begleitete sie das Team des Kurdischen Roten Halbmondes vier Monate in Rojava und unterstützte die Arbeit im psychosozialen Bereich.

Spendenaufruf

Nach der Soforthilfe sind die betroffenen Menschen im Erdbebengebiet auch auf anhaltende Unterstützung angewiesen. Die Teams des Kurdischen Roten Halbmondes waren vor der Katastrophe vor Ort, sie sind es jetzt und sie werden es bleiben. Auf solche Hilfe von unten kommt es an!

Vielen Dank für Ihre Spende unter dem Stichwort «Nothilfe Erdbeben»!
CH57 0900 0000 8000 7869 1
medico international schweiz
Quellenstrasse 25
8005 Zürich

Online spenden auf
www.medicointernational.ch

Benefizkonzert: Grenzenlose Solidarität

Für die vom Erdbeben betroffenen Menschen in der Türkei und in Nordsyrien. Mit zahlreichen Helfer*innen, tollen Acts (Nativ, Jule X und mehr!), Essen, Drinks etc.

Am Freitag, 14. April, ab 19.30 Uhr im Jugendkulturzentrum i45 in Zug. Tickets über www.eventfrog.ch.

Wozu Jodtabletten?

Hansruedi Küttel

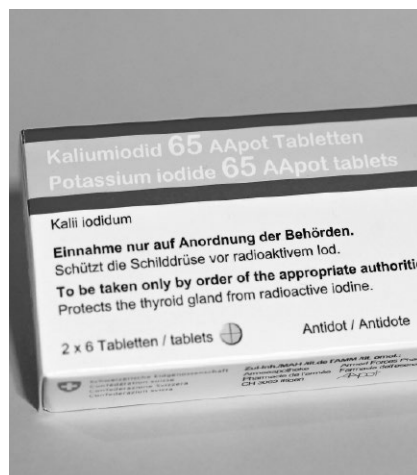
Wenn die Behörden die Einnahme von Jodtabletten anordnen, hat sich in einem der Schweizer AKW eine Katastrophe ereignet: die befürchtete Kernschmelze ist eingetreten, radioaktive Stoffe treten aus. Ein unwahrscheinliches Szenario? Der Bund hält das Risiko immerhin für so hoch, dass er nach Fukushima die Verteilung von Jodtabletten ausgedehnt hat – von 25 auf 50 Kilometer Umkreis um die Atomkraftwerke.

Die Schweizerische Energie-Stiftung SES wollte mit einer Online-Umfrage ermitteln, wie gut die Menschen auf einen Atomunfall vorbereitet sind. 9405 Personen haben an der Umfrage teilgenommen. Davon leben oder arbeiten 8155 Befragte im Verteilgebiet der Jodtabletten. Die Ergebnisse sind ernüchternd: 20,6 Prozent der Befragten sind unzulänglich über die Wirkung von Jod informiert. 11,7 Prozent meinen irrtümlich, dass Jodtabletten auch vor anderen radioaktiven Stoffen wie Cäsium und Strontium schützten. Und 8,9 Prozent sagen, dass sie nicht wüssten, wovor Jod schütze. Es herrscht grosse Unsicherheit, ob Kinder im Ernstfall Jod einnehmen sollen. 54,8 Prozent der Befragten wissen nicht, ob Jod für Kinder geeignet ist. Und 9,3 Prozent unterliegen dem Irrtum, dass Kindern kein Jod verabreicht werden sollte. Nur wenige wissen, dass über 45-Jährige vor der Einnahme von Jodtabletten eine Ärztin oder einen Arzt fragen sollten. Während über die Hälfte der Befragten davon ausgehen, dass über 45-Jährige bei einer Atomkatastrophe unbedingt Jod einnehmen sollten, kennen nur 7,2 Prozent die Empfehlung des Bundes für diese Altersgruppe, eine ärztliche Fachperson zu konsultieren. 15,8 Prozent haben ihre Jodtabletten verlegt oder verloren. 5,7 Prozent geben an, kein Jod erhalten zu haben, obwohl sie in der Risikozone leben.

Fazit

Die Jodtabletten-Umfrage enthüllt eine beträchtliche Unwissenheit in der Bevölkerung. Selbstverständlich könnten sich die Menschen im Ernst-

fall durch Studium von Packungszettel und Webseiten informieren – doch ob alle die Geduld dazu aufbringen und die relevanten Infos finden, ist zu bezweifeln.



Wo sind eure Jodtabletten?

Die rechtzeitige Einnahme von Kaliumjodid kann im Notfall Leben retten. Darum wäre es nötig, dass der Bund besser informiert. Bereits im Herbst 2023 bietet sich Gelegenheit dazu, denn es werden neue Jodtabletten an die Bevölkerung verteilt. Die Schweizerische Energie-Stiftung SES fordert, dass das Bundesamt für Gesundheit (BAG) diese Chance nutzt und die Menschen umfassend über die Anwendung von Jod in Kenntnis setzt. So sollten zum Beispiel alle über 45-Jährigen erfahren, dass sie frühzeitig mit ihrer Ärztin oder ihrem Arzt über die Einnahme von Jod sprechen sollten – im Fall einer Atomkatastrophe wäre ein solcher Arztbesuch wohl kaum mehr möglich.

Atomausstieg

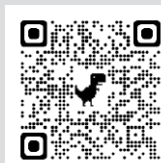
Die dramatischen Folgen des Super-GAU in Fukushima stellen die Zukunft der schweizerischen Atomindustrie seit Längerem in Frage. Im Jahr 2017 haben die Stimmberechtigten mit der Annahme der Energiestrategie entschieden, dass in der Schweiz keine neuen AKW gebaut werden dürfen. Trotzdem beschwören die Gegner*innen der Energiewende aktuell abermals ein Revival der Atomkraft und werben für eine Aufhebung des Neubauverbots. Sie verkennen, dass neue Atomkraftwerke auch wirtschaftlich keinen Sinn machen. So werden die grossen Schweizer Energieversorger nicht müde zu betonen, dass sie Investitionen in neue AKW ausschliessen.

Statt der Illusion von neuen Reaktoren nachzuhängen, sollte die Schweiz den Ausbau der erneuerbaren Energien entschlossen vorantreiben. Mit der bevorstehenden Abstimmung über den breit abgestützten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative und den Wahlen im Herbst 2023 gibt es dieses Jahr zwei politische Weichenstellungen für eine echte Energiewende. ■

SES

Obiger Text ist weitgehend von SES. Auf der Website findet ihr alles Wichtige zu Energie- und Umweltfragen.
www.energiestiftung.ch

Link zu den Umfrageergebnissen:



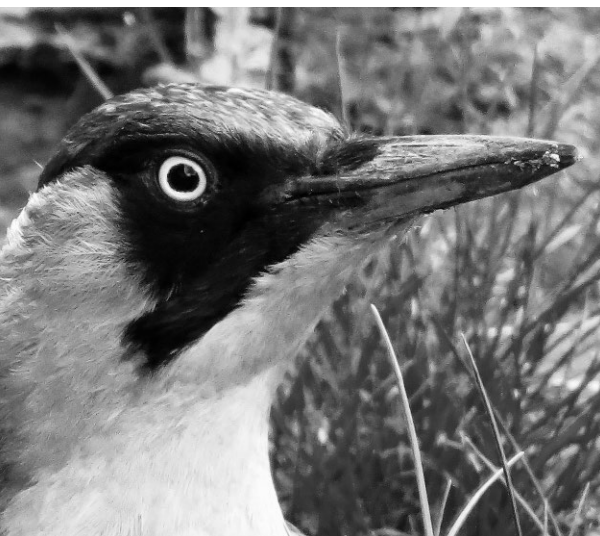
Weiter-So in die Sackgasse

Grünspecht – ein kritischer Vogel

24

Corona, Ukraine-Krieg, Medikamentenengpass, explodierende Energiekosten, steigende Mietpreise, internationale Fluchtbewegungen – und über allem die Klima- und Biodiversitätskrise. Alles Krisen, die nicht mit Schlagworten und simplen Rezepten angegangen werden können, denn letztere führen noch tiefer in die Sackgasse.

Das am meisten verbreitete Rezept heisst «Weiter so», allenfalls mit ein paar Nuancen und Veränderungen. Immer so, dass es niemanden schmerzt. Schliesslich hat man sich bequem in der eigenen Wohlfühllecke eingerichtet. Im Juni stimmt das Schweizer Volk über den indirekten Gegenvorschlag zur



Gletscherinitiative (siehe separater Artikel) ab. Dagegen ist von den wichtigen Parteien einzig die SVP, die in diesem Abstimmungskampf voll auf das Prinzip des «Weiter so» setzt, kombiniert mit Angstmacherei. Der Bevölkerung soll der «kopflose Ausstieg aus den fossilen Energieträgern untergejubelt werden», heisst es in einer Mitteilung.

Der Grünspecht mag ob dieses Satzes nur sein gefiedertes Haupt schütteln. Kopflös ist das Festhalten an den fossilen Energieträgern, welche wesentlich zur Klimaerwärmung beitragen und damit mitverantwortlich dafür

sind, dass in immer mehr Gegenden unseres Planeten (wir haben nur diesen einen) das Leben unwirtlich wird. Kopflös ist das Festhalten an den fossilen Energieträgern auch deshalb, weil die Abhängigkeiten von den öl- und gasfördernden Ländern verfestigt wird. Dabei haben die eingangs erwähnten Krisen sehr viel mit einseitigen Abhängigkeiten zu tun. Übrigens schreibt der Grünspecht bewusst von Förderländern, und nicht von ölproduzierenden Ländern; denn «produziert» wurde Erdöl in einem Millionen von Jahre dauernden Prozess von Mutter Erde – und nicht von Scheichs und Autokraten.

Endlicher Rohstoff

Der deutsche Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e.V. schätzt die Reichweite von Erdöl auf rund 40 Jahre. «Dies würde bedeuten, dass die weltweiten Vorkommen noch etwa bis in das Jahr 2060 reichen.» Auch wenn noch unbekannte Vorkommen in Zukunft erschlossen werden, meist zu deutlich höheren finanziellen Kosten und enormen Umweltrisiken, bleibt das Fazit: «Fossile Rohstoffe sind endlich.» Die Verfechter des «Weiter so» negieren die Fakten und «verarschen» das Stimmvolk.

Die Anhänger des bequemen «Weiter so» setzen auf die Angst der Menschen vor Veränderungen und argumentieren mit den finanziellen Kosten, welche die eigentlich notwendigen Veränderungen mit sich bringen. Als ob das «Weiter so» gratis zu haben wäre. Das Gegenteil ist der Fall – das Festhalten am Gewohnten kommt uns langfristig viel teurer zu stehen. Aber das verheimlichen die

Politiker des «Weiter so»: Sie denken in kurzfristigen Legislaturperioden, einfach bis zur nächsten Wahl. Und dann gilt, was der Marquise de Pompadour (1757) zugeschrieben wird: «Après nous le déluge !»

Moderner Ablasshandel

Auch die vielen anderen eingangs erwähnten Krisen können nicht mit dem Rezept des bequemen «Weiter so» bewältigt werden. Zugvögel berichten mir über das Gesehene in Afrika. Sie erzählen etwa von Kleiderhalden: Jeden Tag werden rund 70 Tonnen Altkleider allein auf einer Müllhalde am Ufer der Korle-Lagune in Accra (Ghana) abgeladen. Von dort werden die Stoffe oft in die Lagune geweht und ins Meer gespült. Und die Menschen in der westlichen Welt: Sie bestellen alle paar Tage im Internet neue Kleider und entsorgen diese kurz darauf in der Sammlung für Alttextilien. «Weiter so» im Kleinen; der Altkleidersack dient der Beruhigung des eigenen Gewissens, er ist quasi der moderne Ablassbrief für unsere «textilen Sünden».

Das gedankenlose «Weiter so» ist nicht die Lösung der weltweiten Krisen, es ist der sichere Weg, der die Menschen noch tiefer in die Sackgasse führt. ■



Oh jeeh! Eben noch eine Jöö-Geschichte (Ist doch hährzig, zwei – so junge – Schwestern aus Ägeri jetzt Regierungsrätinnen), und jetzt schon ein Skandal wegen Steueroptimierung und dafür mehrfachem Wohnsitzwechsel. Schade. ■

Radwege in Zug. Das Trottoir Artherstrasse bleibt ein Ärgernis. Von Oberwil Richtung Zug werden wir auf das see-seitige Trottoir geleitet. Signalisation klar, beide Fahrbahnen des MIV queren. Die Piste ein Flickenteppich, manchmal mit recht gefährlichen Löchern, die nach Meldung ans Bauamt innert eines halben Jahres saniert werden. Beim Mänibach dann wieder beide Fahrbahnen queren, ein Stück weit (370 Meter) auf dem Radstreifen fahren, beim Casino wieder Seitenwechsel signalisiert. Zur Unterstützung des Bauamtes werden wir bald Ausreden sammeln, die noch nicht verwendet wurden. ■

Zahlen. Das Verteidigungsdepartement klagt immer wieder, das Militär habe nicht genug Soldaten. In den Medien wird berichtet «Der Armee laufen die Soldaten weg» oder «Es ist fünf vor zwölf». Die Verordnung über die Organisation der Armee definiert: «Die Armee verfügt über einen Sollbestand von 100 000 und einen Effektivbestand von höchstens

140 000 Militärdienstpflichtigen.» Aktuell haben wir mehr als 151 000 Armeeangehörige, Tendenz steigend, nach 2024 bei rund 157 000 Personen stagnierend. Trotzdem überbieten sich Parlament und Bundesrat mit Vorschlägen, wie das angebliche Problem der fehlenden Soldaten gelöst werden könnte. ■

Interessant. Bern, 05.09.2022 – In Ursprungsnachweisen ist die Bezeichnung «Türkiye» statt «Türkei» empfohlen. Aha. Da sind wir aber gespannt, wann der Bund bei anderen Ländern neue Bezeichnungen (in einer Fremdsprache) einführen wird. ■

Einmal mehr. Am 18. Juni werden wir abstimmen über das Bundesgesetz vom 30. September 2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit. Das Referendum ist zustande gekommen. Die SVP kritisiert das Klimazielsegesetz als «Stromfresser-Gesetz». Es bringe einen Strommangel bis zum Blackout, explodierende Preise und hohe Kosten. Heizöl, Benzin, Diesel und Gas würden de facto verboten, Heizen und Autofahren wäre nur noch elektrisch möglich. Martialische Sprache, wie gewohnt. Das Gesetz ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative, welche bedingt

zurückgezogen wurde. Der Verein Klimaschutz Schweiz nannte das Referendum eine unnötige Verzögerung. Die SVP zeige damit, dass sie die Energie- und Klimakrise nicht ernst nehme. ■

Winterreserve. Um einer Strommangellage im Winter vorzubeugen, hat der Bundesrat verschiedene Massnahmen beschlossen. Dazu gehören die Wasserkraftreserve, der Bau eines Reservestromkraftwerks in Birm (AG) [pfui!!], die Bereitstellung weiterer Reservestromkraftwerke und Notstromgruppen, die Erhöhung der Kapazitäten im Übertragungsnetz, der Rettungsschutz für systemkritische Stromunternehmen, die temporäre Reduktion der Restwasserabgabe sowie die Energiesparkkampagne. ■

Unverbesserlich. Bis 2030 sollen auf dem Nationalstrassennetz Erweiterungsprojekte im Umfang von rund 11,6 Milliarden Franken in Angriff genommen werden. Damit will der Bundesrat den Verkehrsfluss auf den Nationalstrassen verbessern. Er hat die entsprechende Botschaft an das Parlament verabschiedet. Diese enthält auch den Zahlungsrahmen von rund 8,8 Milliarden Franken für Unterhalt, Betrieb und Anpassungen auf den bestehenden Nationalstrassen für die Zeit von 2024 bis 2027.

Damit sollen die Verfügbarkeit und die Sicherheit der Nationalstrassen weiter erhöht und ein Beitrag zur besseren Verträglichkeit des Strassenverkehrs geleistet werden. ■

Hoffnung. Die Energiekommission des Nationalrats hat ihre letzten Beschlüsse zur Revision des Energie- und Stromversorgungsgesetzes (Mantelerlass) kommuniziert. Darunter sind auch längst fällige Anreize für das Energiesparen. So werden beispielsweise die Energieversorger verpflichtet, jährlich ihren Stromabsatz mittels Effizienzmassnahmen zu reduzieren. Können National- und Ständerat der Energiekommission folgen? ■



26

Becoming GIULIA

Montag, 27. März
20 Uhr
Kino Gotthard Zug

Giulia Tonelli war Ballerina im Zürcher Opernhaus, als sie in Mutterschaftsurlaub ging. Nun will sie zurück auf die Bühne. Lässt sich das Leben als Künstlerin mit dem Muttersein vereinen? Ein intensiver Einblick in das Leben einer Ballerina und ihren starken Willen, nicht aufzugeben im Alltagsstress, zwischen Windeln wechseln und Trainingsstunden. Die Regisseurin, selbst ehemalige Balletttänzerin, macht den Einsatz hinter perfekten Inszenierungen und Lebenssträumen erlebbar. Laura Kaehr und ev. Giulia Tonelli sind anwesend für Q&A. Innerschweizer Filmpremiere.

**Im Land der verbotenen Kinder**

Montag, 17. April
20 Uhr
Kino Gotthard

Luigi Fragale lebte in den 1990er-Jahren als Kind eines Saisonniers illegal in der Schweiz. Er erinnert sich an die Angst, wenn es klingelte, wenn er sich verletzte, wenn er Lärm machte. Bis 2002 lebten geschätzt 50 000 Kinder im Schweizer Untergrund. Rund 500 000 weitere wurden bei Verwandten, in grenznahen Heimen oder in Pflegefamilien untergebracht, weil Familiennachzug untersagt war. Ein berührender Dokumentarfilm mit zahlreichen Archivaufnahmen und Gesprächen mit Betroffenen.

Beat Bieri und Jörg Huwylar sind anwesend für ein Gespräch nach dem Film.

**Der Bauer und der Bobo**

Montag, 8. Mai
20 Uhr
Kino Gotthard

Der steirische Bergbauer Christian Bachler betreibt einen alternativen Alpbetrieb mit Selbstvermarktung. Als der Journalist Florian Klenk ein Urteil gegen einen Bauern lobt, der wegen des gefährlichen Verhaltens einer Kuh verurteilt wurde, platzt ihm der Kragen. Er lädt Klenk ein, ein Praktikum bei ihm zu machen. Aus Unverständnis wird Freundschaft. Schliesslich rettet Klenk mittels Crowdfunding den verschuldeten Hof. Der amüsant erzählte Dokumentarfilm zeigt Chancen und Schwierigkeiten nachhaltiger Landwirtschaft und wirbt für Toleranz und Verständnis. Digitales Live-Gespräch mit Regisseur Kurt Langbein nach dem Film.



Elke Mangelsdorff, FLIZ, FilmLiebhaberInnen Zug



Mittwoch, 5. April 2023

Alternative Monatsbar

Im Siehbachsaal Zug
Ab 18.15 Uhr
Gute Gespräche und feines Essen
20 Uhr Jahresversammlung ALG Kanton Zug mit Nominationsversammlung eid. Wahlen 2023

Donnerstag, 6. April, bis Sonntag, 9. April 2023

Green Earth Festival

Im barrierefreien Lagerhaus Ancien Stand, Lesin, VD
Mit Workshops
- Europainitiative
- Nachhaltige Landwirtschaft
- Inklusion
- Manifest für die Nationalratswahlen
Es gibt veganes Essen und viel Fun!
Anmelden: jungegruene.ch

Freitag, 14. April 2023

Benefizkonzert: Grenzenlose Solidarität
Für die von den Erdbeben betroffenen Menschen in der Türkei und in Nordsyrien. Mit Nativ, Jule X und weiteren Acts.
Ab 19.30 Uhr
Im Jugendzentrum i45

Mittwoch, 26. April 2023

Jahresversammlung ALG Stadt Zug

19 Uhr
Im Siehbachsaal Zug

Mittwoch, 3. Mai 2023

Alternative Monatsbar

Im Siehbachsaal Zug
Ab 17 Uhr Postkarten schreiben für Klimaschutzgesetz
Ab 18.15 Uhr
Gute Gespräche und feines Essen

DER BAUER UND DER BOBO

Der Bauer und der Bobo ist ein wichtiger und dabei amüsant erzählter Dokumentarfilm über eine ungewöhnliche Männerfreundschaft, der exemplarisch die Chancen und Schwierigkeiten moderner, nachhaltiger Landwirtschaft von kleinbäuerlichen Betrieben aufzeigt. Während Klimawandel, Fleischindustrie und EU-Vorschriften dem Bio-Bauern zusetzen, öffnen sich durch die Digitalisierung neue Vermarktungschancen. Als Bachlers Hof Ende 2020 vor dem Ruin stand, fanden die beiden Freunde aus zwei Welten binnen zweier Tage 12 000 Menschen, die bereit waren, zu helfen und 420 000 Euro spendeten. Der Hof ist schuldenfrei. Doch der Weg dorthin war schwierig. Mit 20 Jahren hatte Bachler den Hof übernommen und mit leicht erteilten Krediten eine konventionelle Milchproduktion aufgezogen. Dann wurden die Subventionen verändert. Schliesslich brach der Milchpreis ein, die Schulden blieben – trotz des Umstiegs in die alternative Landwirtschaft.



Mittwoch, 13. Mai 2023
40 Jahre GRÜNE Schweiz
 Ab 17 Uhr
 Im Bierhübeli, Bern
 Anmeldung via gruene.ch

Mittwoch, 7. Juni 2023
**Alternative Monatsbar
 Wahl-Kickoff**
 Im Siehbachsaal Zug
 Ab 18.15 Uhr
 Gute Gespräche und feines
 Essen

Samstag, 24. Juni 2023
Retraite ALG Stadt Zug
 13–18 Uhr
 Im Siehbachsaal Zug

**Tagesaktuelle Übersicht der
 Veranstaltungen finden Sie
 unter: gruene-zug.ch/event**

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
 +41 79 519 81 91
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Alternative – die Grünen Baar

André Guntern
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Cham

Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
info@gruenes-forum-huenenberg.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Marianne Aepli
m.aepli@gmx.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluemail.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber-Neiger
mail@gruene-rischothkreuz.ch

Grüne Steinhausen

6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Beat Ryser
beatryser@yahoo.com

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Junge Alternative Zug

Malena Raud & Linus Heim
 Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

gruene-zug.ch

Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



Twitter
[@AlternativeZG](https://twitter.com/AlternativeZG)



Instagram
[@alternativegruene](https://instagram.com/alternativegruene)



WhatsApp-Newsletter
 Sende deinen Namen per
 WhatsApp an 079 519 81 91

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autor*innen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen

BULLETIN Nr. 1, März 2023

Erscheint viermal jährlich

Herausgeber:
 Verein DAS BULLETIN

Adresse:
 BULLETIN Alternative –
 die Grünen Kanton Zug,
 Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
 Natalie Chiodi, Jonas Feldmann,
 Luzian Franzini,
 Hansjörg Glauser, Hansruedi
 Küttel

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorat:
 Kathrin Graffe

Fotos: Paula Gisler

Gestaltungskonzept:
 S.H.E.D. GmbH

Produktion:
 Satz, Bild und Druck:
 DMG Zug, dmg.ch

Gedruckt auf Refutura GSM,
 100% Altpapier, Blauer
 Engel, FSC-zertifiziert

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
 Kleinverdiener*innen: Fr. 10.–
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitglieder der Jungen Grünen
 erhalten das BULLETIN gratis

Mitgliederbeitrag Verein
 DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
 Verein DAS BULLETIN
 6304 Zug
 CH94 0900 0000 6003 0584 6

Redaktionsschluss
 Nr. 2/2023:
 Freitag, 9. Juni 2023

Erscheinungsdatum
 Samstag, 1. Juli 2023

DAS BULLETIN
bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch

